

# BESCHLUSSBUCH ZUR LDK 2.23

30.09. - 01.10.2023 im IG Metall-Haus



 **JUSOS  
BERLIN**

# Inhalt

Vorschlag zur Geschäftsordnung.....	2
Anträge.....	5
<b>A3_2/23 Jetzt schon an Übermorgen denken - Revolution der gesetzlichen Rente .....</b>	<b>6</b>
<b>E1_2/23 Für mehr Diversität in Post-Conflict Settings - Verpflichtende Beteiligung von FINTE in Friedensprozessen .....</b>	<b>11</b>
<b>G1_2/23 Klinische Forschung: From Bench to Bedside – für eine starke Transparenzpflicht und besseren Zugang zu Forschungsergebnissen!.....</b>	<b>13</b>
<b>G2_2/23 Lehren aus der Krankenhausbewegung - Neuanfang in der medizinischen Versorgung gemeinwohlorientiert gestalten - eine Ergänzung des Antrags „Gesundheit vor Profite“ .....</b>	<b>15</b>
<b>G3_2/23 Struktureller Alkoholismus muss bekämpft werden! – In der Gesellschaft, wie im Verband.....</b>	<b>18</b>
<b>I3_2/23 Sogenannte “Clankriminalität” aus den Köpfen streichen - für einen antirassistischen Kampf gegen organisierte Kriminalität.....</b>	<b>21</b>
<b>I4_2/23 Kein Einfallstor für Bespitzelung und Rassismus durch den Paragraphen 129 zur Bildung einer kriminellen Vereinigung .....</b>	<b>24</b>
<b>I5_2/23: Für eine Analyse jenseits der 80er: Mehr Forschung zu Sexarbeit und Prostitution, Fachberatungsstellen und Schutz bei Zwangsprostitution .....</b>	<b>26</b>
<b>K1_2/23 Resolution: Jüdisches Leben schützen! - Antisemitismus in der politischen Linken ...</b>	<b>28</b>
<b>K3_2/23 Unser Kampf gegen den Kulturkampf!.....</b>	<b>33</b>
<b>O3_2/23 Ein Awareness-Team für die SPD.....</b>	<b>36</b>
<b>S1_2/23 Marode Hochschulen schwimmen – nur nicht in Geld!.....</b>	<b>38</b>
<b>U1_2/23 Das sechste Massenaussterben verhindern – Wege gegen das Artensterben .....</b>	<b>40</b>
<b>U4_2/23 Es klappert die Mühle am rauschenden Bach – doch wem gehört der Bach? .....</b>	<b>44</b>
<b>V1_2/23 Dem Nachtzug endlich wieder Bahn brechen - für ein neues Steuer-, Subventions- und Investitionskonzept Nachtreise .....</b>	<b>48</b>
<b>V2_2/23 Barrierefreiheit im Berliner ÖPNV verbessern .....</b>	<b>50</b>
<b>Initiativantrag Ini2_2/23 .....</b>	<b>52</b>
<b>Ini2_2/23 Unsere Antwort an rechte Akteur*innen in Europa: Solidarität ist der Weg!.....</b>	<b>52</b>

# Vorschlag zur Geschäftsordnung

---

1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisvollversammlungen gewählten Delegierten.
2. Rederecht haben die ordentlichen Delegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, alle Gäste, die vom Landesvorstand oder dem erweiterten Landesvorstand offiziell eingeladen sind, sowie alle anwesenden Jungsozialist\*innen.
3. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
4. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt ein mindestens zweiköpfiges Präsidium, eine Mandatsprüfungs- sowie eine Wahl- und Zählkommission.
5. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
6. Die Redezeit für die Diskussionsredner\*innen darf 3 Minuten nicht überschreiten.
7. Je Antrag stellender Gliederung müssen die Anträge zu mindestens 40 Prozent von Frauen\* eingebracht werden. Zu Beginn der Landesdelegiertenkonferenz melden die antragstellenden Gliederungen dem Präsidium die Personen, welche Anträge einbringen werden. Das Präsidium überprüft die Quotierung. Wird diese nicht erreicht, erklären die antragstellenden Gliederungen, für welche Anträge sie auf die mündliche Einbringung verzichten, um die Quotierung zu erreichen. Diese Regelung findet keine Anwendung, wenn eine antragstellende Gliederung nur einen einzelnen Antrag stellt. Änderungs- und Initiativanträge sind von dieser Regelung nicht betroffen. Das Ziel bleibt ein 50-prozentiger Redeanteil von Frauen\*.
8. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt: Getrennt nach Frauen\*, Männern\* und divers identifizierten Personen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhalten Personen der drei Geschlechtskategorien dann jeweils im Wechsel weiblich/ männlich/ divers nach dem Reißverschlussprinzip. Zu der Redeliste zählt bereits die Einbringung des Antrages. Nach der Antragseinbringung ist ein einzelner Redebeitrag zur

Erwiderung auch dann möglich, wenn keine weitere Frau\* mehr auf der Redeliste steht.  
Anschließend gilt Punkt 9.

9. Wenn keine Frauen\* mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste für drei nicht weiblich identifizierte Personen geöffnet werden. Danach ist die Liste wieder geschlossen. Auf Antrag kann die Liste wiederum für drei weitere nicht weiblich identifizierte Personen geöffnet werden, worüber nur noch die weiblichen Delegierten abstimmen. Sobald sich Frauen\* melden, wird wieder nachquotiert.
10. Das Recht Geschäftsordnungs-, Initiativ- und Änderungsanträge zu stellen haben alle Delegierten, die Juso-Kreise, der Landesvorstand, die Landesarbeitskreise sowie die Juso-Hochschulgruppen.
11. Anträge und Änderungsanträge haben in einer geschlechtergerechten und diskriminierungsfreien Schreibweise eingereicht zu werden. Ist dies nicht oder nur unzureichend der Fall, ermöglicht das Präsidium der\*dem oder den Antragsteller\*innen, die Schreibweise unverzüglich zu korrigieren. Geschieht diese Korrektur nicht, wird der Antrag nicht befasst.
12. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 15 Delegierten aus drei Kreisen unterstützt werden und wenn der Anlass für den Antrag nach Ablauf der Frist für Anträge (03.09.2023) entstanden ist. Frist für die Abgabe der Initiativ- und Änderungsanträge mit den erforderlichen Unterschriften ist Samstag, 30. September 2023, eine Stunde nach Konferenzbeginn. Personalvorschläge und Nominierungen sind dem Präsidium ebenfalls bis Samstag, 30. September 2023, eine Stunde nach Konferenzbeginn zuzuleiten.
13. Änderungsanträge zu einem späteren Zeitpunkt werden nur zugelassen, wenn die\*der Antragsteller\*in Neuformulierungen auf der Basis der eingereichten Änderungsanträge vorlegt oder wenn zwei Drittel des Präsidiums einen nach Ablauf der Antragsfrist eingereichten Änderungsantrag als wesentlich für den Fortgang der Beratung erachten.
14. Änderungsanträge, die nach dem im Antragsbuch veröffentlichten Kopierschluss (19.09.2023, 23:59 Uhr) eingereicht werden, können nicht von der\*dem Antragsteller\*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Sie müssen – sofern sie aufrechterhalten werden – der Landesdelegiertenkonferenz zur Abstimmung vorgelegt werden. Änderungsanträge sind

in schriftlicher oder elektronischer Form einzureichen. Die Formatvorgaben sind dabei zu beachten.

15. Änderungsanträge können von der\*dem Antragssteller\*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Durch Geschäftsordnungsantrag kann die Abstimmung des Änderungsantrags gefordert werden. Sollte die Abstimmung zum Änderungsantrag eröffnet werden, wird die Gegenrede zum Änderungsantrag von dem\*der Antragssteller\*in des GO-Antrags gehalten. Die Debatte kann dann – wie andere Änderungsantragsdebatten – über erneuten Geschäftsordnungsantrag geöffnet werden.
  
16. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission begründen Vertreter\*innen der unquotierten Delegationen, welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen\* ihres Kreises sie bereits geplant haben, um die Ursachen der mangelnden Repräsentanz von Frauen\* in ihren Delegationen bis zur nächsten Landeskongresskonferenz zu beheben. Dieser Fall tritt ein, wenn weniger als 40% der anwesenden angemeldeten Delegierten einer Delegation zum Zeitpunkt der Mandatsprüfung Frauen\* sind. Diese Rechenschaft ist Pflicht.

# Anträge

---

**Antragsteller\*innen:** Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **A3\_2/23 Jetzt schon an Übermorgen denken - Revolution der gesetzlichen Rente**

1 Jeder Mensch hat das Recht auf ein würdiges Leben in jeder Lebensphase. Die Aufgabe des  
2 Sozialstaats, dieses zu gewährleisten, beginnt ab der Geburt mit der Kindergrundsicherung, verstetigt  
3 sich im Erwachsenenleben mit dem Bürger\*innengeld bei Erwerbslosigkeit und mündet im Alter in die  
4 Rente. Die Aufgabe des Sozialstaats bleibt dabei aber nicht darauf beschränkt, Ungleichheiten und  
5 finanzielle Unterschiede zu korrigieren. Ein gerechter Sozialstaat garantiert allen Menschen ein Leben  
6 in Teilhabe und ohne Existenznot, ein Leben in Freiheit. Er ist gestaltet, um die Spaltung durch den  
7 Kapitalismus aufzubrechen und ihm etwas entgegenzusetzen.  
8 Unser Verständnis eines Sozialstaats ist nicht das des Korrektivs, sondern eines der aktiven Rolle eines  
9 Staates, Ungleichheiten frühzeitig vorzubeugen und sie in allen Ansätzen stets mitzudenken.  
10 Insbesondere in fehlender Teilhabe durch eine finanziell schlechte Lebenssituation manifestieren sich  
11 Ungleichheiten der Gesellschaft und werden zu einer Spirale, die sich über Generationen fortsetzt.  
12 Werden Kinder in einem von Armut betroffenen Haushalt geboren, braucht es durchschnittlich fünf  
13 Generationen, um aus dieser Armut herauszukommen. Wer hingegen in eine reiche Familie geboren  
14 wird, kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen, auch in Zukunft zum reichen Teil  
15 der Gesellschaft zu gehören und sich fast ausschließlich in dieser soziokulturellen Subgruppe zu  
16 bewegen. Besonders verstärkt wird dieser Faktor für FINTA\*-Personen, BIPOC, Menschen mit  
17 Behinderung, niedrigeren Bildungsabschlüssen und Menschen aus Ostdeutschland. Unser Sozialstaat  
18 muss dies erkennen und besonders berücksichtigen. Es braucht ein intersektionales (der Begriff der  
19 Intersektionalität ist geprägt von der Juristin Kimberlé Crenshaw und beschreibt das Überschneiden  
20 von Diskriminierungen, bspw. race, class und gender) Verständnis der verschiedenen Instrumente,  
21 denn nur so können wir zu unserer Gesellschaft der Freien und Gleichen gelangen, in der jeder Mensch  
22 sich frei entfalten kann.

23 Aber es gilt auch, diese Instrumente ständig zu überarbeiten, anzupassen und zu verbessern -  
24 besonderen Reformationsbedarf gibt es dabei momentan bei der Rente, denn: Unsere Rente ist in  
25 großer Gefahr.

### **Wie funktioniert die Rente heute**

27 Die gesetzliche Rente ist das Fundament der Altersvorsorge der meisten Bürger\*innen. Erhalten kann  
28 sie, wer das Mindestalter erreicht hat und eine Mindestversicherungszeit von fünf Jahren erfüllt. Auf  
29 die Mindestversicherungszeit wird die Zeit angerechnet, in der Menschen angestellt oder (unter  
30 bestimmten Umständen) selbständig waren, aber auch Kindererziehung oder häusliche Pflege zählen  
31 als anrechenbar für die Mindestversicherungszeit. Nicht einzahlen tun zum Beispiel Beamt\*innen,  
32 Richter\*innen und Berufssoldat\*innen. Um die volle Rente zu erhalten, muss außerdem ein  
33 Mindestalter erreicht werden - dies liegt momentan in der Regel bei 67 Jahren. Wer davor aufhört zu  
34 arbeiten, muss mit einer niedrigeren Rente auskommen.

35 Die gesetzliche Rente ist nach dem Umlageverfahren organisiert. Das heißt konkret: mit dem heute  
36 eingezahlten wird kein Kapitalstock für die Einzahler\*innen angelegt. Stattdessen finanziert das heute  
37 eingezahlte die Rente der heutigen Rentner\*innen. Für die Rente der heutigen Einzahler\*innen

38 kommen dann die auf, die zur Zeit ihres Ruhestands in die Rentenkasse einzahlen. Die jetzige  
39 Generation Arbeitnehmer\*innen finanziert also die Generation vor ihnen. Wer in die Rente einzahlt,  
40 erhält dadurch einen Anspruch, selbst im Alter abgesichert zu sein. Die Renteneinzahlung wird zur  
41 Hälfte vom Bruttolohn finanziert, die andere Hälfte wird vom Arbeitgeber\*in eingezahlt. Der  
42 Rentensatz liegt momentan bei 18,6 % - Arbeitnehmer\*innen geben also 9,3 % von ihrem Bruttolohn  
43 an die Rentenkasse, Arbeitgeber\*innen ergänzen dies um weitere 9,3 %. Selbstständige oder  
44 Freiberufler\*innen können freiwillige Beiträge an die Rente leisten. Auch heute gibt es bereits  
45 Berufsgruppen, die trotz Selbstständigkeit zur Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung  
46 verpflichtet sind, zum Beispiel Selbstständige, die Lehrtätigkeiten erbringen. Eine Vereinheitlichung ist  
47 hier notwendig.

48 Diese Beiträge in die Rentenkasse reichen aber leider schon lange nicht mehr, um die gesetzliche  
49 Altersvorsorge zu tragen. Der Staat finanziert die Rente zu großen Teilen mit. Im Jahr 2021 gab der  
50 Bund 106 Milliarden Euro mit in den Rententopf - das entspricht ca. einem Fünftel des  
51 Bundeshaushalts.

52 Ein großer Grund für dieses Defizit ist der demographische Wandel: Menschen werden immer älter  
53 und beziehen die Rente daher für eine längere Zeit. Zusammengenommen mit der Tatsache, dass  
54 immer weniger Kinder geboren werden stehen immer mehr Rentner\*innen immer weniger  
55 Einzahler\*innen gegenüber - so verschiebt sich die Balance.

56 Dieses Problem lässt sich nicht lösen, indem man das Renteneintrittsalter immer weiter in die Höhe  
57 schiebt oder durch Kürzung der Rentenhöhe. Es braucht tatsächliche Veränderungen im  
58 Rentensystem, um ein Altern in Würde für alle zu gewährleisten.

59 Dies gilt insbesondere, da das ganze Erwerbssystem ohnehin von Ungerechtigkeit nur so strotzt. Diese  
60 Ungerechtigkeiten multiplizieren sich im Alter zunehmend und führen zu einer extremen Spaltung der  
61 Gesellschaft, die die Arbeit nicht mehr wertschätzt. Das große Problem der Rente ist also nicht der  
62 demografische Wandel, sondern - wie so häufig - Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat. FINTAs, von  
63 Armut betroffene Menschen, migrantisierte Menschen, nicht-vermögende Menschen und Menschen  
64 mit Behinderungen sind im Erwerbsleben viel größeren Hürden ausgesetzt, werden häufig schlecht(er)  
65 bezahlt und in den Niedriglohnbereich gedrückt bzw. dort gehalten. All dies hat massive Auswirkungen  
66 auf ihre Altersvorsorge und bedeutet im schlimmsten Fall eine Rente, deren Höhe kaum zum Leben  
67 reicht.

68 Eine Verbesserung gibt es seit 2021: die Grundrente. Die Grundrente ist ein Zuschlag zur eigenen  
69 Rente. Anspruch hat man, wenn man selbst viele Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat und trotzdem  
70 nur den Anspruch auf eine sehr kleine Rente hat. Die Grundrente stockt die niedrigen Rentenzahlungen  
71 auf, ist aber leider noch lange nicht genügend Umverteilung, um von einem würdevollen Leben im  
72 Alter zu träumen.

73 Zusammengefasst: Die Rente ist ungerecht, weil die Erwerbsarbeit ungerecht ist. Ein gerechtes System  
74 ist unser einziger Garant für eine gerechte Rente. Konkrete, kurzfristige Maßnahmen sind aber  
75 dennoch möglich und dringend nötig. Leider verliert sich die Politik in der Suche nach Lösungen für die  
76 Krise des Rentensystems in den immergleichen, erfolglosen Ideen.

77 Zu allererst positionieren wir uns daher klar gegen:

- 78 ● eine Anhebung des Renteneintrittsalters
- 79 ● eine Kürzung des Rentenanspruchs
- 80 ● eine Anhebung des Rentenbeitrags auf Arbeitnehmer\*innenseite

81 Neben diesen un kreativen und ungerechten Dauerbrennerideen, gibt es andere kreative, aber  
82 weiterhin größtenteils nutzlose Ideen zur Rettung der Rente:

### 83 **Keine Spekulation mit unserer Rente - keine Aktienrente**

84 Das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung basiert auf einer Solidarität zwischen der  
85 arbeitenden Generation, die heute einen Teil des von ihr erwirtschafteten abgibt, um die Rente der  
86 heutigen Rentner\*innen zu finanzieren. Diese Solidarität besteht nur zwischen bestimmten Berufs-  
87 und Einkommensgruppen, muss aber in Zukunft alle umfassen.

88 Kapitalgedeckte Rentenmodelle, wie die Aktienrente, basieren nicht auf einer Solidarität, sondern  
89 beuten Arbeitnehmende und ihren erwirtschafteten Profit weiter aus. Rentenbeiträge von heute  
90 werden am Kapitalmarkt investiert und im Alter aus Zinsen, Dividenden und Wertsteigerungen  
91 ausgezahlt. Das kapitalistische System wird so weiter befeuert. Eine staatliche Beteiligung an solchen  
92 Modellen lehnen wir strikt ab. Spekulationen durch den Staat auf dem Rücken der Arbeitnehmenden,  
93 die so die Wirtschaft immer weiter zu einem unermesslichen Wachstum treiben müssten, um ihre  
94 Rente zu steigern, für die ihr Profit wieder und wieder ausgebeutet wird, entspricht nicht dem  
95 Verständnis eines sozialen Staates als Versuch eines Gegenpols zum Kapitalismus.  
96 Generationengerechtigkeit kann nicht über Spekulationen und Unsicherheiten erreicht werden. Es  
97 braucht eine solide und solidarische Finanzierung der Rente!

### 98 **Privatisierung in der Rente - nein, danke!**

99 Eine gesetzliche Rentenversicherung muss den Anspruch haben, alle Bezieher\*innen abzusichern. Es  
100 kann nicht sein, dass sich der Staat aus der Affäre ziehen will, indem er sich darauf verlässt, dass sich  
101 die Leute zusätzlich privat absichern, aus Sorge, dass ihre Ansprüche aus der gesetzlichen  
102 Altersvorsorge keine genügende Lebensgrundlage darstellen. Es muss die staatlichen Institutionen  
103 beschämen, dass Menschen die Notwendigkeit sehen, sich privat abzusichern, weil die gesetzliche  
104 Rente nicht genügend leisten kann, stattdessen wird dies teils durch die staatliche Förderung privater  
105 Rentenversicherungen belohnt. Fehler wie Riester und Rürup (die Riester- und Rürup-Rente sind  
106 private Altersvorsorgemodelle mit staatlicher Förderung. Die jeweiligen Sparer\*innen erhalten  
107 hierdurch vor allem Steuervorteile, entziehen Geld also dem solidarisch angelegten Steuersystem,  
108 während auch die eigentlich versprochenen Vorteile dieser Modelle nur in seltenen Fällen tatsächlich  
109 bei den Sparer\*innen ankommen) dürfen nicht erneut gemacht werden. Es gilt ein neues gesetzliches  
110 Rentensystem zu schaffen, dass allen ein würdevolles Altern erlaubt und das private  
111 Rentenversicherungen überflüssig macht.

112 Nachdem nun besprochen wurde, was keine Lösungsansätze sind, wird es Zeit, sich mit tatsächlichen  
113 Lösungsideen zu beschäftigen:

### 114 **First things first:**

- 115 ● Um die Rente langfristig lebensfähiger zu machen, muss ein Konzept erarbeitet werden, das  
116 die Rentenpunkte loslöst vom Schein des Durchschnittsgehalts, welches durch die wachsende  
117 Schere zwischen Arm und Reich verzerrt wird. Stattdessen müssen die Rentenpunkte an die  
118 realen Gehälter der Beitragszahler\*innen angepasst werden.
- 119 ● Das grundsätzliche Prinzip in der Rente und der staatlichen Finanzierung dieser bleibt die  
120 Umverteilung; wir unterstreichen daher unsere Forderungen nach einer Vermögenssteuer  
121 sowie Reformen der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die die Grundlage für echte  
122 Sozialpolitik (und so viel mehr) bilden werden
- 123 ● Das Mindestlohniveau muss kontinuierlich angepasst werden, so dass es nach 35  
124 Beitragsjahren zu einem Rentenanspruch oberhalb der Grundsicherung führt

- 125 ● Es braucht eine staatliche Rentenaufklärung, denn die (eigene) Rente ist häufig viel zu  
126 intransparent, Rentenansprüche unklar, Menschen verwirrt; dem ist entgegenzuwirken

### 127 **Eine gesetzliche Rentenversicherung, die von ALLEN für ALLE getragen wird**

128 Solidarität ist das Gebot der Stunde - auch bei der Rente. Ein System, in das alle einzahlen und von  
129 dem alle profitieren. Aber zahlen denn eigentlich alle Bürger\*innen in die Rentenkasse? Nein!  
130 Beamt\*innen, Richter\*innen, Soldat\*innen: Berufsgruppen, die nicht zur Rentenkasse beitragen und  
131 stattdessen Pension kassieren. Pensionär\*innen erhalten im Alter im Durchschnitt 3 Mal so viel Geld  
132 wie Rentner\*innen - Tendenz steigend. Während die Rente als Umlagesystem funktioniert - wer  
133 arbeitet, finanziert mit seinen\*ihren Rentenbeiträgen die momentane Rente von  
134 Ruheständler\*innen - wird die Pension aus dem Steuertopf finanziert. Doch es sind nicht nur  
135 Beamt\*innen, die nicht in den Topf der gesetzlichen Rente einzahlen. Auch die freien Berufe, die  
136 über ihre Versorgungswerke abgesichert sind, gilt es einzubinden. Berufsständische  
137 Versorgungswerke sind Sondersysteme, die für die kammerfähigen Freien Berufe der Ärzt\*innen,  
138 Apotheker\*innen, Architekt\*innen, Notar\*innen, Rechtsanwäl\*innen, Steuerberater\*innen,  
139 Tierarzt\*innen, Zahnärzt\*innen, Ingenieur\*innen, sowie Psychotherapeut\*innen die  
140 Pflichtversorgung bezüglich der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung ihrer Mitglieder  
141 sicherstellen. Auffallend bei all diesen Ausnahmeregelungen von der Rentenzahlung ist natürlich das  
142 traditionell hohe Entgelt dieser Berufsgruppen.

143 Diese Ungerechtigkeiten sind durch nichts zu rechtfertigen. Die Rente soll als solidarisches  
144 Umlagesystem funktionieren, dafür muss sie von allen gleichermaßen getragen werden - auch von  
145 "Staatsdiener\*innen" und den freien Berufen. Auch Selbstständige sollen sich in einem  
146 gesamtgesellschaftlichen Solidarsystem beteiligen. Einerseits gibt es häufig genug Selbstständige, die  
147 aufgrund fehlender Altersvorsorge auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Andererseits können  
148 bisher nicht-pflichtversicherte Selbstständige einen wichtigen Beitrag zu einer solidarischen Rente  
149 beitragen und sind so nicht auf private Altersvorsorgesysteme angewiesen.

### 150 **Erbschaften - die Rente für Reiche**

151 Private Altersvorsorge hat viele Gesichter. Ist es für die Einen, den Großteil der Gesellschaft, mehr die  
152 Alterssorge, kann sich ein anderer Teil weiter aus dem Fenster der Bequemlichkeit lehnen, denn durch  
153 Schenkungen und Erbschaften, vor allem auch von Betriebseigentum und Immobilien, ist man gut  
154 abgesichert.

155 Erbschaften dienen keineswegs der Umverteilung auf mehrere Schultern, auf eine breitere Masse der  
156 zukünftigen Generation, auch wenn dies gerne behauptet wird. Vor allem große Erbschaften finden  
157 stattdessen in den immer gleichen westdeutschen, gut gebildeten, weißen Familien statt, vor allem  
158 unter Männern - und sie erfahren eine immer stärkere Wertsteigerung. Ein Vermögenszuwachs findet  
159 aber nur bei dem reichsten 1 Prozent der Bevölkerung statt. Mit einer effektiven Erbschaftssteuer muss  
160 diese übermäßige Akkumulation von Vermögen bei Einzelnen verhindert werden. Auch  
161 Betriebsvermögen müssen konsequenter und stärker besteuert werden. Neben der wichtigen  
162 Diskussion über ein Maß an Zumutung der Existenzgrenze braucht es vor allem auch eine Obergrenze  
163 für Reichtum und eine Beschränkung der maximalen Erbschaften.

### 164 **The limit does exist - für eine Maximalrente**

165 Die Rente basiert auf dem Äquivalenzprinzip, heißt: Höhe und Dauer des durch Beitragszahlungen  
166 belegten Arbeitseinkommens sind entscheidend dafür, wie viel Rente man schlussendlich erhält.  
167 Prozentual zahlen alle gleich viel: 18,6 %. Die Hälfte davon wird von Arbeitgeber\*innen, die andere  
168 Hälfte von Arbeitnehmer\*innen gezahlt. Wer also ein besonders hohes Gehalt hat, zahlt also auch  
169 besonders viel in den Rententopf ein, richtig? Falsch!

170 Wer momentan mehr als 7.300 € brutto in West- bzw. 7.100 € in Ostdeutschland ist von der  
171 sogenannten Beitragsbemessungsgrenze betroffen. Alles, was darüber an Entgelt erhalten wird, ist  
172 nicht rentenversicherungspflichtig. Dem Rententopf geht somit einiges an Geld verloren. Was es  
173 daher braucht, ist eine Abschaffung eben dieser Beitragsbemessungsgrenze. Die Abschaffung der  
174 Beitragsbemessungsgrenze ist notwendig für die gerechte Verteilung der steigenden Kosten für  
175 Alterssicherheit.

176 Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass die Rentenauszahlungen ins Unermessliche steigen. Auf alles,  
177 was über dem Wert der momentan bestehenden Beitragsbemessungsgrenzen künftig eingezahlt wird,  
178 besteht dann kein Rentenpunkteanspruch. Das bedeutet also: alles, was man darüber einzahlt, stockt  
179 die Rentenauszahlung nicht weiter auf. Dies entspricht einer Annäherung an das Solidarprinzip, wie es  
180 auch die gesetzlichen Krankenversicherungen praktizieren.

### 181 **Care-Arbeit ist Arbeit - für eine feministische Rente**

182 Die Rente wird ausbezahlt, basierend auf dem, was man im Erwerbsleben in die Rentenkasse  
183 eingezahlt hat. Was passiert allerdings dann, wenn die Erwerbsarbeit unterbrochen, verringert oder  
184 beendet wird, um sich stattdessen zum Beispiel Kindererziehung oder häuslicher Pflege zu widmen?

185 Im Falle der Kindererziehung ist die momentane Regel, dass bis zu drei Jahre Care Arbeit auf die Rente  
186 anrechenbar sind. Konkret heißt das: Für drei Jahre der Kindererziehung wird einem Elternteil der  
187 durchschnittliche monatliche Einzahlungsbetrag für die Rente gutgeschrieben. Die  
188 Kindererziehungszeit wird auch gutgeschrieben, wenn das beantragende Elternteil neben der  
189 Erziehung weiterarbeitet.

190 Soweit so gut. Problem ist leider nur, dass sich die ungleiche Verteilung der Kindererziehung selten  
191 nach dem dritten Lebensjahr des Kindes ändert. Das zwingt Eltern - hauptsächlich dabei FINTAs - oft  
192 zur Teilzeit- oder Minijob-Beschäftigung, welche sich massiv negativ auf die Rente auswirken.

193 Diese Care-Arbeit muss auch über das dritte Lebensjahr des/der Kinder hinweg wertgeschätzt werden.  
194 Diese Wertschätzung in Form von Rentengutschrift muss mindestens bis zum Eintritt des Kindes in die  
195 Grundschule sichergestellt werden. Für eine gerechte Arbeitswelt und Gesellschaft bedarf es dazu dem  
196 massiven Ausbau von kostenlosen Kindergartenplätzen und kostenloser Ganztagsbetreuung an allen  
197 Schulen und den damit einhergehenden Ausbildungs- und Finanzierungsmaßnahmen.

198 Gleiches gilt für Care-Arbeit in Form von häuslicher Pflege. Jede Form der häuslichen Pflege muss auf  
199 die Rente angerechnet werden. Es wird wichtige Arbeit verrichtet, auf diese muss ein Rentenanspruch  
200 gelten.

201

202

203

204

**Antragssteller\*innen:** Juso-Arbeitskreis Internationales und Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **E1\_2/23 Für mehr Diversität in Post-Conflict Settings - Verpflichtende Beteiligung von FINTA in Friedensprozessen**

1 Die Notwendigkeit einer feministischen Außenpolitik, die die menschliche Sicherheit in den Fokus  
2 stellt, hat angesichts der zahlreichen Krisen kein Stück ihrer Bedeutung verloren. Um menschliche  
3 Sicherheit nachhaltig zu gewährleisten, braucht es die Beteiligung aller marginalisierten und  
4 systematisch benachteiligten Gruppen an Friedensprozessen.

5 Es wurde bereits bewiesen, dass die Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen zu besserem  
6 Regierungshandeln ("Governance") und nachhaltigerem Frieden führt. Auch forderten die Vereinten  
7 Nationen mit der Sicherheitsratsresolution 1325 bereits im Jahr 2000 die Einbeziehung von Frauen in  
8 die Prävention, das Management und die Konfliktlösung. Diese Resolution verpflichtet Staaten dazu,  
9 Frauen und ihre Perspektiven in alle Bereiche des Friedensprozesses einzubeziehen und dabei ihre  
10 besonderen Erfahrungen in Konflikten anzuerkennen. Über 20 Jahre nach dieser bedeutenden  
11 Resolution sind Frauen immer noch wenig und unterproportional an Friedensprozessen beteiligt.  
12 FINTA, also Frauen, Inter-, Nichtbinäre\*, Trans- und Agender-Personen, sowie andere marginalisierte  
13 Gruppen erhalten bisher wenig bis gar keine besondere Aufmerksamkeit in politischen  
14 Entscheidungsgremien. Dies führt dazu, dass deren wichtige Sichtweisen und besondere  
15 Herausforderungen meist nicht am Verhandlungstisch diskutiert werden. Durch diese fehlenden  
16 Perspektiven kann umfassende menschliche Sicherheit nicht erreicht werden.

17 Häufig sind es insbesondere weiblich sozialisierte Menschen, die in Gemeinschaften eine proaktive  
18 soziale Rolle einnehmen: Auch wenn wir eine solche traditionelle Rollenaufteilung bekämpfen und  
19 eine gleichberechtigte Aufteilung, unabhängig von Geschlechtern anstreben, kümmern sich besonders  
20 in patriarchalen Gesellschaften kümmern noch zumeist Frauen um Kinder und andere Familien- und  
21 Gesellschaftsmitglieder. Durch häufig vorkommende Interaktionen mit anderen marginalisierten  
22 Gruppen sowie aufgrund ihrer eigenen Betroffenheit von systematischer Diskriminierung sind FINTA  
23 häufig die Herausforderungen und Schwierigkeiten marginalisierter Gruppen und Individuen bekannt.  
24 Dadurch, dass die Gruppe FINTA für Diskriminierungen eher sensibilisiert ist, sollten FINTA auch als  
25 Mediator\*innen eingesetzt werden.

26 Durch die Beteiligung von FINTA Personen an Entscheidungsgremien wie Friedensverhandlungen kann  
27 also besser gewährleistet werden, dass die Perspektiven und Situationen marginalisierter Gruppen  
28 mitgedacht werden. Hierbei muss beachtet werden, dass es nicht ausreicht, eine Gruppe Frauen als  
29 Repräsentantinnen von FINTA einzuladen. Vielmehr braucht es die Beteiligung von FINTA möglichst in  
30 ALLEN am Friedensprozess beteiligten Gruppen und Parteien. Denn FINTA sind keine homogene  
31 Gruppe, die durch eine einzige Delegation an Frauen ausreichend repräsentiert ist. Die kann vielleicht  
32 durch folgendes Bild verdeutlicht werden: Cis-Männer sind in der Regel in allen an Verhandlungen  
33 beteiligten Parteien zu finden. Frauen werden oftmals scheinbar nur pro forma als eine zusätzliche  
34 Gruppe oder Partei eingeladen und nicht gleichwertig in die Prozesse eingebunden. Kaum jemand  
35 würde auf die Idee kommen, von Cis-Männern zu verlangen, nur in einer Gruppe vertreten zu sein, da  
36 damit ja "deren Perspektive bereits abgedeckt" sei.

37 Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass die Beteiligung der Zivilgesellschaft und damit auch mehr FINTA-  
38 Personen in Friedensprozessen zu länger anhaltendem Frieden führt. Die Beteiligung von  
39 unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen ist wichtig, da diese als Repräsentant\*innen und  
40 Vermittler\*innen von marginalisierten Gruppen in der Bevölkerung dienen kann. Werden nämlich  
41 FINTA nur als Teil politischer Delegationen in Friedensverhandlungen einbezogen, besteht die Gefahr,  
42 dass wichtige Perspektiven fehlen. Denn FINTA in politischen Delegationen sind meist hochrangige  
43 Politiker\*innen oder international bekannte und häufig gut ausgebildete Personen, die nicht immer  
44 mit FINTA aus der lokalen Bevölkerung gleichgesetzt werden können. Auch hier besteht also die  
45 Gefahr, nicht ausreichend die Diversität und Vielseitigkeit der FINTA abzubilden, was zu einer  
46 Reduktion an menschlicher Sicherheit aufgrund fehlender Perspektiven führen kann.

47 **Wir fordern daher die Bundesregierung dazu auf, in allen Projekten, an denen sie beteiligt ist durch**  
48 **Friedens- oder Militärmissionen oder durch Entwicklungszusammenarbeit, alles in ihrer Möglichkeit**  
49 **zu tun, um folgendes sicherzustellen:**

- 50 ● die Beteiligung von FINTA an Friedensprozessen (langfristig auch von allen anderen  
51 marginalisierten Gruppen) mit einer Quote von mind. 50%, möglichst in allen beteiligten  
52 Parteien.
- 53 ● die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere von Organisationen,  
54 die sich für die Rechte marginalisierter Gruppen einsetzen.
- 55 ● dass die Gruppe an Mediator\*innen in jedem Friedensprozess mindestens eine FINTA umfasst.  
56 Sollte es nur eine/n Mediator\*in geben und aus Sicht der Organisator\*innen keine FINTA  
57 infrage kommen, muss dies schlüssig und öffentlich begründet werden. Zudem sollte mit der  
58 Gesamtanzahl an Mediator\*innen auch die Anzahl an FINTA als Mediator\*innen steigen.
- 59 ● Die Durchführung von verpflichtenden Beratungsterminen mit unterschiedlichen lokalen  
60 Organisationen, die FINTA und marginalisierte Gruppen repräsentieren, um möglicher  
61 Homogenität, die durch die Quote entstehen könnte, vorzubeugen

62

63

64

**Antragssteller\*innen:** Juso-Arbeitskreis Gesundheit

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **G1\_2/23 Klinische Forschung: From Bench to Bedside – für eine starke Transparenzpflicht und besseren Zugang zu Forschungsergebnissen!**

1 Jeden Tag werden in Deutschland und auf der ganzen Welt klinische Studien durchgeführt und ihre  
2 Ergebnisse veröffentlicht. Ob neue Medikamente oder Geräte, moderne Therapieformen,  
3 Krankheitsverläufe oder vieles mehr, der Schatz an medizinischer Information wächst durchgehend  
4 und ermöglicht damit eine bessere und überarbeitete Patient\*innenversorgung.

5 Doch die beste Studie bringt nichts, wenn ihre Ergebnisse nicht veröffentlicht werden oder nicht  
6 einfach zugänglich sind. Zwar gibt es in der EU eine Pflicht zur Veröffentlichung der Ergebnisse  
7 bestimmter klinischer Studien, doch ungefähr die Hälfte der klinischen Studien in Deutschland fallen  
8 nicht unter diese Pflicht.

9 Gerade Studien, in denen z.B. ein Wirkstoff als nicht wirksam, eine neue Therapie als nicht besser als  
10 die alte oder eine Krankheitshypothese als falsch dargestellt werden, finden selten den Weg bis in  
11 medizinische Journals und die wissenschaftliche Diskussion.

12 Viele andere Studien werden zwar veröffentlicht, doch ihre Ergebnisse werden von Journals hinter  
13 Bezahlschranken („paywalls“) hochgeladen, sodass der Zugriff auf die vollständigen Artikel,  
14 abgesehen von einem kurzen Abstract nur mit einem Abo des Magazins möglich ist. Der Gratiszugang  
15 zu einer Studie kostet die veröffentlichenden Wissenschaftler\*innen oft mehrere tausend Euro.

16 Diese Faktoren sorgen dafür, dass aktuelle Forschungsergebnisse nicht den Weg in die Behandlung von  
17 Patient\*innen finden. Längere oder sogar falsche Behandlungen und schlechtere  
18 Gesundheitsergebnisse können die Folge sein.

19 Dazu kommt, dass eine Studie, deren Ergebnis nicht veröffentlicht wurde, im Zweifelsfall von anderen  
20 Forschenden ähnlich wiederholt wird, sodass die in der Forschung oft knappen Ressourcen  
21 verschwendet werden.

22 Ein Lösungsansatz kann sein, alle Studien zentral beispielsweise über eine zentral zu schaffende Liste  
23 der Ethikkommissionen zu registrieren. Hier werden unter anderem Inhalt der Studie und  
24 voraussichtliche Studiendauer angegeben. Eine so registrierte Studie kann dann nachverfolgt werden,  
25 sodass eine weiter greifende Transparenzpflicht vom Bundesamt für Arzneimittel und  
26 Medizinprodukte (BfArM)/ Paul-Ehrlich-Institut (PEI) durchgesetzt werden kann.

27 Zudem müssen Open-Access-Journals gezielt über staatliche Förderung unterstützt werden.

28 **Daher fordern wir:**

- 29 ● Eine Ausweitung der deutschen Adaption der Clinical Trials Regulation der EU (2014), sodass  
30 in Deutschland wirklich jede klinische Studie unter eine Veröffentlichungspflicht fällt

- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- Eine nationale Plattform, in der jede medizinisch- oder pharmazeutisch-klinische Studie über ihren Ethikantrag registriert wird und die unter anderem die geplante Studiendauer dokumentiert
  - Eine Ausweitung des Mandats des BfArM, sodass jede registrierte klinische Studie von ihnen nachverfolgt und zur Veröffentlichung der Ergebnisse gebracht werden kann
  - Fördersperren für private und staatliche Forschungsinstitutionen, an denen klinische Studienergebnisse nicht innerhalb von 24 Monaten nach Projektende veröffentlicht werden
  - Die Einrichtung eines Fördertopfes beim BMBF zur Förderung von medizinischen open-access-Journals oder zur Förderung der Veröffentlichung von Artikeln im open-access-Format.

**Antragssteller\*innen:** Juso-Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit und Soziales

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **G2\_2/23 Lehren aus der Krankenhausbewegung - Neuanfang in der medizinischen Versorgung gemeinwohlorientiert gestalten - eine Ergänzung des Antrags „Gesundheit vor Profite“**

1 Das Gesundheitswesen zeigt, was passiert, wenn Bereiche der Daseinsvorsorge kapitalistischer  
2 Ausbeutung unterworfen werden. Nicht erst seit der Coronapandemie stehen alle Mitarbeiter\*innen  
3 des Gesundheitswesens und Patient\*innen unter dem enormen Druck der finanziellen Grundsätze des  
4 Gesundheitswesens, welches Profitmaximierung über menschliches Wohlergehen stellt. Die geplante  
5 Pflegereform von Gesundheitsminister Karl Lauterbach hält weiterhin an den kapitalistischen  
6 Grundsätzen des jetzigen Systems fest und kann uns deshalb nicht zufriedenstellen.

7 Hinzu kommt die Krankenhausbewegung, die gerade von uns als Arbeiter\*innenpartei unterstützt  
8 werden muss. Hierbei geht es unter anderem um bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne sowohl  
9 für medizinisches Personal, als auch für andere Angestellte im Gesundheitswesen (Reinigungskräfte,  
10 Essensversorger\*innen, Laborant\*innen, etc) und zuletzt auch in Studium und Ausbildung. Die Folgen  
11 der Überlastung der im Gesundheitswesen Beschäftigten und des Gesundheitssystems sind spätestens  
12 seit dem „Schwarzbuch Krankenhaus“, ein kollektives Netzwerk, das Erfahrungsberichte aus dem  
13 Arbeitsalltag im Gesundheitssystem sammelt, die zumeist erschreckend negativ ausfallen, für jeden  
14 nachlesbar und unterstreichen die Dringlichkeit von Veränderung..

15 Da das Ziel eines nicht-profitorientierten Gesundheitssystems jedoch noch in der Ferne liegt, müssen  
16 wir Lösungen für die aktuell konkreten Probleme des medizinischen Personals erarbeiten und uns auch  
17 in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für flächendeckende Tarifbindung und bessere  
18 Arbeitsbedingungen einsetzen.

### **Auch Ärzt\*innen haben ein Recht auf eine Work-Life-Balance!**

19 Unbezahlte Überstunden, unfaire, auf ein oder wenige Jahre befristete Verträge und die daraus  
20 resultierende nicht existente Work-Life-Balance sind längst der Normfall für Ärzt\*innen außerhalb von  
21 Leitungspositionen. Dazu kommt: Wer nicht täglich länger bleibt hat weniger Chancen auf beruflichen  
22 Aufstieg.  
23

24 Durch Regelungen wie das Opt-Out, mit dem es möglich ist, die wöchentliche Arbeitszeit von  
25 Ärzt\*innen auf 60h/Woche zu erhöhen, wird der Beruf zur Belastung. Offiziell ist das Unterschreiben  
26 dieses Vertrages freiwillig, doch viele Arbeitgeber\*innen drängen dazu. Dadurch wird sowohl die  
27 Gesundheit der Patient\*innen durch verringerte Konzentrationsfähigkeit der Ärzt\*innen, als auch die  
28 Gesundheit der Ärzt\*innen selbst aufs Spiel gesetzt. Der Streik im letzten Jahr hat zu einer Tarifeinigung  
29 zwischen Marburger Bund (der größten Ärzt\*innengewerkschaft) und der Charité geführt. Dabei gab  
30 es zumindest Teilerfolge bspw. wurden die sogenannten Kombidienste verboten - eine Kombination  
31 aus normalem Dienst, Rufbereitschaft und Bereitschaftsdienst.

32 Auch wenn es mittlerweile mehr Regelungen gibt, berichten Mediziner\*innen, dass sich einige Kliniken  
33 noch nicht einmal an die jetzt schon eher dürftigen Regeln halten und selbst die ordentliche

34 Dokumentation der Arbeitszeiten verhindern. Regeln müssen durchgesetzt werden! Dafür braucht es  
35 regelmäßige, qualitativ hochwertige Kontrollen, auch und gerade bzgl. einer richtigen Dokumentation  
36 der realen Arbeitszeiten.

37 Der Trend geht verstärkt zu mehr Leistung in immer weniger Zeit, die Patient\*innendichte nimmt zu,  
38 die Anzahl der Ärzt\*innen ab und die Dienste selbst werden immer arbeitsintensiver. Für die mentale  
39 und physische Gesundheit ist es jedoch unerlässlich, richtige Ruhezeiten zu haben. In vielen  
40 Gesundheitszentren ist es bei den aktuellen Zuständen und dem hohen Patien\*innenaufkommen aber  
41 schlichtweg nicht möglich, einfach mal Pause zu machen oder die (wenn überhaupt geregelten)  
42 Pausenzeiten einzuhalten. Durch die profitorientierte Denkweise leiden viele Beschäftigte im  
43 Gesundheitssektor an Burn-Out und Überlastungssymptomen und müssen ihren Job aufgeben - Ein  
44 Verlust, den man sich angesichts des Fachkräftemangels und der Überlastung der Gesundheitssysteme  
45 nicht leisten kann. Ärzt\*innen haben zudem ein 50% höheres Risiko, an Suizid zu versterben. Bei  
46 Ärztinnen ist dieses Risiko verglichen mit der weiblichen Allgemeinbevölkerung sogar vervierfacht.  
47 Auch andere psychische Erkrankungen, wie bspw. Suchterkrankungen, Burnout und  
48 Überlastungsreaktionen sind im medizinischen Sektor häufiger als anderswo. Hier muss präventiv mit  
49 Angeboten entgegengewirkt werden und auch hier würde eine regelmäßige Auszeit vom Beruf helfen.

50 Daher fordern wir:

- 51 ● Eine gesetzliche Regelung zur Abschaffung der Opt-Out-Regel bzw. Regelungen, die nicht  
52 gültige Mehrarbeit möglich machen
- 53 ● Eine Pflicht der Erbringung von Arbeitszeitnachweisen von Ärzt\*innen durch die Kliniken und  
54 eine geregelte Kontrolle dieser
- 55 ● Ein Ausbau der Gesundheitsprogramme für alle Mitarbeiter\*innen im Gesundheitswesen, die  
56 aktiv die körperliche und mentale Gesundheit fördern und so verhindern, dass Menschen an  
57 ihrem Arbeitsplatz kaputt gehen
- 58 ● Die Einführung einer Arbeitsgruppe beim Zoll, die ihren Fokus auf die Überprüfung der  
59 Einhaltung von Arbeitsrecht im Krankenhaus legt
- 60 ● Die Anpassung des § 118 BetrVG muss vorgenommen werden

#### 61 **Die Sonderstellung kirchlicher Träger\*innen beenden!**

62 Im Kampf für mehr Tarifbindung und bessere Konditionen für Arbeitnehmer\*innen in den  
63 Tarifverträgen stellen sich kirchliche Träger\*innen wie die Diakonie oder die Caritas oft quer. Das  
64 Staatskirchenrecht sichert kirchlichen Institutionen und Träger\*innen eine Sonderrolle zu. Hierbei darf  
65 der Staat in bestimmte Bereiche kirchlicher Selbstbestimmung - wie z.B. das Arbeits- und Dienstrecht,  
66 die Regelung über Mitgliedschaften oder die Ordnung der Finanzen - nicht eingreifen. Das führt dazu,  
67 dass Menschen durch Dienstvorschriften diskriminiert oder durch schlechte Konditionen gegenüber  
68 Mitarbeitenden in anderen Bereichen der Pflege schlechter gestellt werden. In Zeiten des  
69 Fachkräftemangels und bei einem Flickenteppich aus Arbeitgeber\*innen und  
70 Arbeitgeber\*innenverbänden kann diese Sonderstellung der Kirchen nicht hingenommen werden.

71 Wir fordern:

- 72 ● die Anpassung von Art. 140 GG dahingehend, dass kirchliches Recht nicht vor staatlichem  
73 stehen darf
- 74 ● eine Überarbeitung und Neuformulierung des Staatskirchenrechts unter besonderer  
75 Berücksichtigung der Rechte von Arbeitnehmer\*innen, die für kirchliche Träger\*innen  
76 arbeiten.
- 77 ● die Veränderung der Tariftreuregelung in der ambulanten und vollstationären Pflege  
78 dahingehend, dass die regional üblichen Entgeltstufen abgeschafft werden, die AVR Diakonie

79 und Caritas nicht als relevanter Tarifvertrag geführt wird und der Tarifvertrag öffentlicher  
80 Dienst immer angeboten werden muss  
81 • Außerdem bekräftigen wir unsere Forderung, dass Gesundheit zur öffentlichen  
82 Daseinsvorsorge und in öffentliche Hand gehört.

**Antragssteller\*innen:** Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:  
Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

## **G3\_2/23 Struktureller Alkoholismus muss bekämpft werden! – In der Gesellschaft, wie im Verband**

- 1 **„Hol mir ne Flasche Bier rüber, sonst streik ich hier“**
- 2 Ob zur (Verbands-)Feier, zur Trauer oder einfach zum Abschalten. Alkohol als legale Droge erfährt in
- 3 unserer Gesellschaft eine hohe Akzeptanz und Ritualisierung. Er wird mit großer Selbstverständlichkeit
- 4 serviert und dabei oft in zu hohen Mengen konsumiert. Dabei zeigen Umfragen: Lediglich ca. 16% der
- 5 Befragten zwischen 18 und 64 Jahren gaben an, seit einem Jahr oder länger keinen Alkohol mehr
- 6 getrunken zu haben. Insgesamt liegt der durchschnittliche Alkoholkonsum in Deutschland bei 129
- 7 Litern pro Jahr, beziehungsweise bei 17 Litern Reinalkohol. Dies entspricht dem dreifachen des
- 8 weltweiten Durchschnitts. Dabei liegt die Grenze für riskanten Konsum mit deutlich erhöhtem Risiko
- 9 für gesundheitliche Folgeschäden laut Definition der internationalen Klassifikationssysteme bei Frauen
- 10 bei ca. 10g und bei Männern bei ca. 20g Reinalkohol pro Tag. Zur Einordnung: Die 20g Reinalkohol
- 11 entsprechen ungefähr 0,3l Bier oder 0,2l Wein.
- 12 Allein in Deutschland gelten laut dem Drogenbeauftragten der Bundesregierung 1,3 Millionen
- 13 Menschen als alkoholabhängig. Die Dunkelziffer liegt vermutlich weitaus höher, da es sich um ein sozial
- 14 und gesellschaftlich unerwünschtes Thema handelt, was sich u.a. in „Untertreibungen“ bei
- 15 Befragungen äußert. Zudem bleiben abhängige Personen oft unentdeckt, da sie beispielsweise
- 16 heimlich konsumieren.
- 17 Erhöhter Alkoholkonsum stellt dabei eine Gefahr für die Gesundheit dar. So erhöht dieser das Risiko
- 18 für viele gesundheitliche Probleme, einschließlich Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und
- 19 Lebererkrankungen. Zusätzlich erhöht Alkohol massiv das Demenzrisiko. Alkohol ist ein Zellgift!
- 20 Übermäßiger Konsum schadet dem Körper.
- 21 Aufgrund des deutlich erhöhten und damit gesundheitsschädigenden Konsumverhaltens in
- 22 Deutschland müssen sowohl präventive Maßnahmen, als auch Unterstützungsmöglichkeiten und
- 23 Ansprechpartner\*innen für bereits Betroffene und deren Zugehörige ausgebaut werden.
- 24 Alkohol sollte nicht zum „guten Ton“ dazu gehören. Wir fordern daher die Finanzierung und
- 25 Durchführung umfassender Aufklärungsmaßnahmen für die Gesamtgesellschaft in Medien,
- 26 Öffentlichkeit und Einrichtungen, die über Risiken und Folgen von Alkoholkonsum aufklären. Zusätzlich
- 27 muss ein Ausbau staatlicher (anonymer) Hilfsangebote, für die von den Folgen von Alkoholkonsum
- 28 betroffenen Menschen, erfolgen. Verpflichtende Warnhinweise auf jeglichen Alkohol sollen die
- 29 Konsument\*innen vor jeder Kaufentscheidung auf mögliche Risiken hinweisen.
- 30 Durch die positive, akzeptierte und verherrlichende Darstellung von Alkohol im öffentlichen Raum
- 31 steigt einerseits die allgemeine Motivation zum Konsum und andererseits erschwert trockenem
- 32 Alkoholiker\*innen oder von Abhängigkeit/riskantem Konsum Betroffenen die Abstinenz davon.
- 33 Ungefähr 85% der von Alkohol abhängigen Personen werden nach einem Entzug wieder rückfällig. Ob
- 34 beim Fußballspiel oder im Kino, Alkoholwerbung existiert in jedem Rahmen. Daher muss ein Verbot
- 35 von Werbung für alkoholhaltige Produkte und Getränke in Medien und Öffentlichkeit erfolgen.

36 Der Verkauf von hochprozentigem Alkohol soll nicht länger in Supermärkten und Discountern möglich  
37 sein.

38 Ob Alkohol getrunken wird oder nicht sollte jede\*r für sich selbstbestimmt und informiert entscheiden  
39 dürfen!

40 Im Verhältnis von Männern zu Frauen, trinken Männer sechs Mal mehr Alkohol. Alkohol löst  
41 Hemmungen. Dies hat leider auch negative Folgen. So wurde 2011 zuletzt festgehalten, dass jede dritte  
42 Straftat in Bezug auf Gewalt, unter Alkoholeinfluss entstanden ist. Der Zusammenhang zwischen  
43 kritischer Männlichkeit und Alkohol muss weiter ermittelt werden.

#### 44 **Wie Alkohol die Lebensqualität von Kindern beeinflussen kann**

45 Jedes fünfte Kind {2.65 Millionen Kinder} in Deutschland wächst in einem Haushalt mit einem  
46 problematischen Alkoholkonsum auf. Alkoholismus ist ein strukturelles Problem, selbstverständlich  
47 findet sich dies auch in den Familien wieder. Doch dies ist nicht in den Köpfen der meisten Deutschen.  
48 Im Gegenteil: Ab 14 darf getrunken werden, zusammen mit einem Elternteil - nur problematisch, wenn  
49 dieses selber nicht verantwortungsvoll mit Alkohol umgehen kann. Wir fordern daher ein Verbot des  
50 begleitenden Trinkens!

51 Jedes Jahr kommen rund 3200 Kinder im Alter von 10-15 Jahren wegen einer Alkoholvergiftung in die  
52 Notaufnahme (letzte Daten aus 2019). Das BZgA (BundesZentrale für gesundheitliche Aufklärung) hat  
53 zuletzt 2015 ermittelt, dass rund 2/3 der 12-17Jährigen mindestens einmal schon Alkohol konsumiert  
54 haben. Rund 13% der genannten Altersgruppe betätigt dabei mindestens einmal im Monat  
55 sogenanntes Binge-Drinking (5 oder mehr Gläser Alkohol) In dieser Altersspanne ist Alkohol in jeder  
56 Menge entwicklungsgefährdend. Es muss eine Verstärkung der Kontrolle und eine Durchsetzung der  
57 geltenden Gesetze zum Jugendschutz, die den Verkauf und die Herausgabe von alkoholhaltigen  
58 Produkten und Getränken an Minderjährige regeln geben.

59 Jedes Jahr kommen in Deutschland 10.000 Kinder mit dem fetalem Alkoholsyndrom (FAS) auf die Welt.  
60 Die Schädigungen, wie beispielsweise körperliche Missbildungen oder Defizite in der geistigen  
61 Entwicklung sind meist bleibend. Dabei haben viele Betroffene ihr ganzes Leben Schwierigkeiten in der  
62 Schule, im Beruf und im gesamten Alltag und sind ihr gesamtes Leben auf eine gewisse Unterstützung  
63 angewiesen. An dieser Stelle muss mehr Präventionsarbeit geleistet werden und für werdende Eltern  
64 muss eine geschützte und anonyme Möglichkeit geschaffen werden, sich bei bestehender  
65 Abhängigkeit beraten zu lassen. Neben den o.g. Beeinträchtigungen kommt es in Familien mit  
66 riskantem Alkoholkonsum zusätzlich auch zu sozialen und gesellschaftlichen Folgen.

67 Die Kinder von Alkoholiker\*innen sind unfassbar schwer in der Schule oder in anderen Bereichen des  
68 öffentlichen sozialen Lebens als solche zu identifizieren. Für Lehrer\*innen wirken sie häufig sogar als  
69 besonders engagiert und weit in der Entwicklung. Nicht selten wird das Jugendamt von den Eltern  
70 gemieden und den Kindern als Feindbild suggeriert. Dem Jugendamt muss dies bekannt sein und  
71 bedacht handeln. Wir fordern hierbei die Sensibilisierung von Mitarbeitenden in Polizei, Behörden wie  
72 Sozial-, Jugend- und Arbeitsamt, Bildungseinrichtungen, Freizeiteinrichtungen wie Sportvereinen und  
73 Jugend- und Familienzentren für das Erkennen von und den Umgang mit (Co-) Abhängigkeit. Zudem  
74 müssen die bereits bestehenden schulischen Präventions- und Informationsangebote wie „Alkohol -  
75 kenn dein Limit“ ausgebaut und betroffenen Kindern und Jugendlichen konkrete  
76 Ansprechpartner\*innen zur Seite gestellt werden.

77 1/3 der Kinder im Erwachsenenleben kämpft weiter mit psychischen Leiden. Ein weiteres Drittel hat  
78 später auch mit einer Suchterkrankung zu kämpfen. Spezielle staatliche (anonyme) Hilfsangebote und  
79 Schutzräume müssen frühzeitig auch für Angehörige bereitgestellt werden!

80 Die genannten Punkte dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Studienlage zum Thema  
81 Alkoholismus nicht vollständig aussagekräftig und aktuell ist. Wir fordern daher die Beauftragung und  
82 Durchführung von separierten Studien zum Thema Alkoholkonsum bei Kindern, Jugendlichen und  
83 Erwachsenen, die eine detaillierte und differenzierte Datenlage zu den Punkten Konsum und  
84 Konsumverhalten, Folgen und Umgang schaffen.

85 **Die Jusos müssen auch der sichere Hafen für Nichttrinker\*innen sein!**

86 Viel zu oft werden Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen keinen Alkohol trinken, schief beäugt  
87 oder gefragt, warum sie keinen Alkohol trinken würden. Auch in unserem Verband entstehen solche  
88 Situationen, wenn auf Kongressen die ersten Flaschen Bier geöffnet werden oder wenn sich die  
89 Verbands Party in fortgeschrittener Stunde befindet. Die Gründe dafür, warum Menschen auf Alkohol  
90 verzichten, sind so vielfältig wie privat. Zu oft wird beständig nachgebohrt - ein übergriffiges Verhalten,  
91 welches wir als Verband ablehnen. Wir Jusos müssen einen sensiblen und reflektierten Umgang mit  
92 Alkohol in unserem Verband pflegen.

93 Es muss unser Anspruch sein, dass sich in unserem Jugendverband alle jungen Menschen wohlfühlen.  
94 Deshalb sollte im Rahmen von Veranstaltungen explizit auf einen verantwortungsvollen Umgang mit  
95 Alkohol und die Akzeptanz der eigenen Entscheidung hingewiesen werden. Dazu gehört auch, bei  
96 Locations für Veranstaltungen oder Verbands Partys Orte zu wählen, in denen alkoholfreie Getränke  
97 verfügbar sind. Wir subventionieren keine alkoholhaltigen Getränke bei Veranstaltungen des Juso-  
98 Bundesverbandes.

99 Besonders aus einer feministischen Sicht ist der aktuelle Umgang mit Alkohol in unserem Verband zu  
100 hinterfragen. Verhalten von cis Männern, die viel Alkohol konsumieren, ist öfter übergriffig und kann  
101 unseren Verband zu einem Ort machen, an dem sich FINTAs unsicher fühlen. Deshalb muss der  
102 kritische Umgang mit Alkohol auch in die Diskussion um kritische Männlichkeit einfließen.  
103 Awareness-Strukturen hierfür müssen sensibilisiert werden! Personen, die sich (wiederholt) nicht an  
104 die Regeln halten oder sich unangemessen und/oder übergriffig gegenüber anderen verhalten, sollen  
105 von zukünftigen Veranstaltungen ausgeschlossen werden können.

106 Aus Rücksicht auf Nichttrinker\*innen und Betroffene von Alkoholismus sollen deren Perspektive und  
107 deren Bedürfnisse - wie alkoholfreie Getränkeangebote und Schutzräume - bei der Planung von  
108 Veranstaltungen auf allen Ebenen mitgedacht werden.

109

**Antragssteller\*innen:** Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

## **13\_2/23 Sogenannte “Clankriminalität” aus den Köpfen streichen - für einen antirassistischen Kampf gegen organisierte Kriminalität**

### **1 Wo wir stehen**

2 Immer wieder machen auch SPD-Politiker\*innen Öffentlichkeitsarbeit mit Forderungen, härter gegen  
3 sogenannte “Clans” vorzugehen. Zuletzt heizte Nancy Faeser die öffentliche Debatte durch einen  
4 Vorstoß ihres Bundesinnenministeriums an, Angehörige von “Clans” auch dann abzuschieben, wenn  
5 diese selbst keine Straftaten begangen haben. Stimmen, die sich kritisch mit dem Begriff  
6 auseinandersetzen, sind in der deutschen Öffentlichkeit rar. Unsere Gesellschaft ist geprägt durch eine  
7 weiße Mehrheit, die für die strukturelle und institutionalisierte Unterdrückung von BIPOC  
8 verantwortlich ist. Diese Unterdrückung und das Bedürfnis von Kontrolle von BIPOC-Communities  
9 manifestiert sich insbesondere in dem Verhältnis von Staatsgewalt zu nicht-weißen Communities. Das  
10 ist für Betroffene deshalb besonders einschneidend, weil es die freie Persönlichkeitsentfaltung massiv  
11 einschränkt sowie Vertrauen in Rechtsstaat und Demokratie untergräbt. Daher muss unser  
12 antirassistischer Kampf in besonderem Maße an staatlichen Strukturen ansetzen, die Rassismus  
13 manifestieren und reproduzieren. Wir streben an, ebendiese Strukturen aufzubrechen und  
14 Awarenessarbeit in der weißen Mehrheitsgesellschaft über vorherrschende Diskriminierungsformen  
15 zu leisten.

16 Dabei ist für uns klar: Die Polizeiarbeit mit nicht-weißen Communities muss sich radikal ändern.  
17 Konzepte der sogenannten „Gefahrenabwehr“, die auf rassistischen und stigmatisierenden  
18 Vorurteilen beruhen, müssen der Vergangenheit angehören.

### **19 99 Problems mit sog. “Clankriminalität”**

20 Eines der rassistischen Konzepte, welches oftmals von Bundeskriminalamt (BKA) und diversen  
21 Landeskriminalämtern, sowie in der innenpolitischen Debatte (auch von SPD-Politiker\*innen)  
22 verwendet wird, ist das sogenannte Konzept der „Clankriminalität“. Im Bundeslagebild OK 2021  
23 definiert BKA Clan dabei als *„eine informelle soziale Organisation, die durch ein gemeinsames  
24 Abstammungsverständnis ihrer Angehörigen bestimmt ist. Sie zeichnet sich insbesondere durch eine  
25 hierarchische Struktur, ein ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl und ein gemeinsames Normen- und  
26 Werteverständnis aus.“*

27 Diese Definition ist aus vielen Gründen problematisch. weil in ihr selbst ein rassistisches Weltbild  
28 inhärent ist. Während frühere Lageberichte noch von dem Begriff “Ethnie” sprachen, hat man sich  
29 zwar wegen vielfach geübter Kritik an dem Ethnizitätskonstrukt hiervon entfernt, aber auch  
30 “Abstammungsverhältnis” legt das rassistische Weltbild offen, das dem Verständnis der sogenannten  
31 Clankriminalität inhärent ist. Sie kontrastiert die angeblich gesellschaftlich abgeschotteten, implizit  
32 nicht-weißen, kriminellen “Ausländer” mit den weißen Deutschen und ihrer homogenen,  
33 erstrebenswerten Ordnung. Das lässt sich schon daran festmachen, dass offensichtlich auch  
34 Täter\*innengruppen existieren, die ein „gemeinsames deutsches Abstammungsverständnis“ haben  
35 und auch ansonsten die BKA-Clan-Definition erfüllen, aber nicht gemeint sind. Es ist auch deshalb

36 grotesk, da etwa die Hälfte der im Lagebericht des BKA aus dem Jahre 2021 genannten Täter\*innen  
37 die deutsche Staatsbürgerschaft haben.

38 Zudem ist das Konzept rechtsstaatlich problematisch, weil damit eine Klammer um verschiedenste  
39 Straftaten gebildet wird, die diese nur deshalb in einen Zusammenhang setzt, weil der\*die  
40 Beschuldigte nicht weiß ist und eine von der weißen Mehrheit abweichende kulturelle Prägung hat.  
41 Neben diesen Bedenken ist die Klammerwirkung der "Clankriminalität" auch deshalb problematisch,  
42 weil der Begriff damit konturlos wird: Falschparken kann genauso Grund für die Einstufung als  
43 "Clankriminalität" gelten wie ein Mord. Gleichzeitig impliziert das Konzept mit dieser Klammerwirkung  
44 der Einwanderungsfamilie einer\*eines Beschuldigten, dass bestimmte kulturelle Prägungen eine  
45 besondere Nähe zu Kriminalität aufweisen. Die Behauptung, dass es "Gruppen mit gemeinsamem  
46 Abstammungsverhältnis" gebe, deren Kriminalitätsneigung im Vergleich zur deutschen  
47 Mehrheitsgesellschaft per se gesteigert sei, ist vielfach wissenschaftlich widerlegt und steht in der  
48 Tradition der "Rassenforschung". Praktisch fördert dieses Verständnis Racial Profiling massiv. Ein solch  
49 rassistisches Verständnis von Gesellschaft und die dem Konzept zugrundeliegende Ethnisierung von  
50 Kriminalität lehnen wir entschieden ab.

51 Eine weitere Ebene, die in innenpolitischen Debatten um sog. "Clankriminalität" oft ausgespart wird,  
52 ist die individuelle. Mitglieder bestimmter Familien mit bekannten Nachnamen werden durch die  
53 rassistischen Zuschreibungen zu ihrem Familiennamen in nahezu allen Bereichen des (öffentlichen)  
54 Lebens diskriminiert. Die pauschale gesellschaftliche Ausgrenzung, die ihnen widerfährt, wäre zu  
55 kritisieren, selbst wenn eine Mehrheit der Familienmitglieder kriminell wäre. Die Realität ist aber, dass  
56 die große Mehrheit der Familienmitglieder mit kriminellen Strukturen nichts zu tun hat bzw. selbst nie  
57 straffällig wird. Die Erwartung ihrer Straffälligkeit begleitet sie aber oft das ganze Leben. Kindern aus  
58 entsprechenden Familien wird laut Betroffenenberichten oftmals schon in der Schule eine zukünftige  
59 kriminelle Karriere bescheinigt. Das führt bei den betroffenen Schüler\*innen oft zu Demotivation,  
60 schlechten schulischen Leistungen, starker sozialer Isolation und einem Mangel an Möglichkeiten, ihre  
61 Persönlichkeit frei zu entfalten. Beim Einstieg in das Berufsleben haben es junge Menschen mit  
62 Nachnamen angeblicher arabischer "Clans" ebenfalls ungleich schwerer: Oft finden sie keine\*n  
63 Arbeitgeber\*in, der\*die sie aus Angst um fälschlicherweise vorverurteilten kriminelle Hintergründe  
64 nicht einstellen will. Auf dem Mietmarkt, der Mieter\*innen auf Wohnungssuche in urbanen  
65 Ballungsräumen ohnehin schon verzweifeln lässt, haben Menschen mit bekannten Nachnamen kaum  
66 eine Chance und sind oft gezwungen, ihre Kieze zu verlassen. All diese Formen gesellschaftlicher  
67 Diskriminierung und sozialer Isolation führen oft dazu, dass Mitglieder entsprechender Familien das  
68 Gefühl haben, sich in allen Bereichen des Lebens nur aufeinander und ihre Familienstrukturen  
69 verlassen zu können.

#### 70 **Der wahre Grund für Kriminalität: Staatliches Versagen**

71 Die politische und gesellschaftliche Debatte zum Thema der sog. "Clankriminalität" lässt oft aus, was  
72 der wahre Grund dafür ist, dass es hohe Kriminalitätsraten unter Familien gibt, die in den 1980er  
73 Jahren infolge des libanesischen Bürgerkriegs nach Deutschland geflohen sind. Viele dieser Menschen  
74 sind als staatenlose arabische und palästinensische Geflüchtete nach Deutschland gekommen und  
75 waren jahrzehntelang in Kettenduldungen gefangen. Sie bekamen keine Arbeitserlaubnis, was es ihnen  
76 kaum möglich machte, in dieser Gesellschaft anzukommen und Fuß zu fassen. Die Kinder aus diesen  
77 Einwanderer\*innenfamilien waren nicht schulpflichtig. Kurzum war dem deutschen Staat daran  
78 gelegen, dass sie hier gerade kein neues Zuhause fanden. Der Gedanke hinter der nicht vorhandenen  
79 Integrationspolitik war, dass sie nach dem Krieg im besten Fall schnellstmöglich wieder gehen sollten  
80 und bis dahin war dem deutschen Staat egal, was mit ihnen passierte. Derselbe deutsche Staat, dem  
81 also massive Versäumnisse im Umgang mit den Geflüchteten aus dem libanesischen Bürgerkrieg  
82 anzulasten sind, veranstaltet Razzien in Shishabars, moniert Parallelgesellschaften, entwickelt

83 pauschalisierende Konzepte um sog. Clankriminalität zu bekämpfen, statt sich dem eigenen Versagen  
84 kritisch auseinanderzusetzen. Auch die Sozialdemokratie geht an dieser Stelle nicht reflektiert genug  
85 vor, betont die Repression gegen sog. Clans, statt den Fokus auf Prävention, aufsuchende Sozialarbeit  
86 und eine veränderte Polizeiarbeit zu legen

87 Diesen Umgang mit Kriminalität lehnen wir ab. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass wir  
88 organisierte Kriminalität und patriarchalisch hierarchische Strukturen tolerieren. Diese müssen auch  
89 aus antirassistischer und feministischer Grundhaltung bekämpft werden, richtet sie sich doch  
90 überproportional oft gegen nicht-weißen Communities und FINTA-Personen, also gesellschaftlich  
91 ohnehin schon marginalisierte Gruppen. Die unter dem Stichwort der "Clankriminalität" geführten  
92 Verkehrsdelikte oder Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz helfen für die Bekämpfung von  
93 organisierter Kriminalität jedoch nicht weiter.

#### 94 **Moderne Innenpolitik geht mit links**

95 Wir stehen ein für eine moderne Innenpolitik, die organisierte Kriminalität bekämpft, ohne in  
96 Rassismen zu verfallen. Dafür brauchen wir aufsuchende Polizeiarbeit, die mit den Communities auf  
97 Augenhöhe kooperiert, statt sie als Feind\*innen dieser Gesellschaft zu sehen. Reaktionäre Impulse im  
98 Umgang mit BIPOC und Kriminalität müssen insbesondere in der SPD der Vergangenheit angehören.  
99 Eine alternative Herangehensweise bietet hierbei das Konzept des Community Policing. Hierbei ist das  
100 Agieren der Polizei- und Sicherheitsbehörden auf enge und nachhaltige Zusammenarbeit mit den  
101 Bewohner\*innen der Kommune bzw. des Kiezes ausgerichtet. Lokalen Behörden interagieren dabei  
102 mit der Öffentlichkeit und entwickeln gemeinsam Strategien zur Verringerung von Kriminalität.  
103 Traditionell wird es von den lokalen Strafverfolgungsbehörden eingesetzt, die sich in erster Linie mit  
104 der Prävention und Lösung von Sicherheitsproblemen befassen, welche sich sichtbar auf das tägliche  
105 Leben der Bürger\*innen vor Ort auswirken und das subjektive Sicherheitsgefühl erhöhen können.

106 Wir fordern daher:

- 107 ● das Konzept der Clankriminalität in der behördlichen und polizeilichen Arbeit aufzugeben und  
108 durch Konzepte der Banden- und der Organisierten Kriminalität bzw. der Netzwerk-  
109 Kriminalität zu ersetzen,
- 110 ● Die Erhöhung der Mittel für aufsuchende Sozialarbeit für Menschen aus  
111 Einwander\*innenfamilien,
- 112 ● das Konzept des Community Policing flächendeckend zu implementieren.

**Antragssteller\*innen:** Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen

## **I4\_2/23 Kein Einfallstor für Bespitzelung und Rassismus durch den Paragraphen 129 zur Bildung einer kriminellen Vereinigung**

1 In letzter Zeit nimmt die öffentliche Debatte um den §129 Strafgesetzbuch zu. Besonders umstritten  
2 ist die Anwendung des Paragraphen auf die sogenannte "Letzte Generation". Auch im Kontext der  
3 Verurteilung von Lina E. spielt der Paragraph eine zentrale Rolle, der seitens der Bundesanwaltschaft  
4 angeführt wurde, um u.a. die lange Untersuchungshaft gegen Lina E. zu rechtfertigen und auch  
5 Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat neuerdings Pläne mit dem Paragraphen.

6 Dieser Paragraph besagt, dass die Gründung oder Mitgliedschaft einer Vereinigung unter Strafe gestellt  
7 wird, deren Ziel es ist Straftaten zu begehen. Diese Straftaten müssen dabei mit mindestens zwei  
8 Jahren Haft bestraft werden können, das sind Bagatelldelikte wie Ladendiebstahl. Schon das Planen  
9 der entsprechenden Straftaten kann mit fünf Jahren Haft geahndet werden, wenn sie innerhalb einer  
10 „Kriminellen Vereinigung“ geschehen. Weiterhin ist der Begriff der "Vereinigung" definiert, diese muss  
11 auf längere Dauer angelegt sein, eine klare Struktur und Rollenverteilung bzw. Hierarchie aufweisen  
12 und die Mitglieder müssen sich einem übergeordneten Ziel verpflichtet fühlen. Eine Besonderheit des  
13 Paragraphen ist es, dass bereits der Verdacht ausreichend ist, um die Verdächtigen konspirativ zu  
14 überwachen. Das heißt, dass grundrechtsverletzende Maßnahmen, wie die Überwachung von  
15 Privatwohnungen, Telekommunikationen usw. eingesetzt werden dürfen. Das ist ein Grund, warum  
16 der §129 auch als "Gesinnungsparagraph" bezeichnet wird, der genutzt wird, um über eine Bewegung  
17 oder Szene Informationen nach dem "Was man hat, hat man"-Prinzip zu gewinnen.

18 Dies geschah jahrelang bei den Ultras des Vereins "Chemie Leipzig" die jahrelang mit eigentlich  
19 grundgesetzwidrigen Mitteln überwacht wurden - und es am Ende nie zu einer Verdachtsbestätigung  
20 kam. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Webseite "linksunten.indymedia". Auch gegen die Betreiber  
21 dieser Webseite wurde fast fünf Jahre u.a. wegen §129 StGB ermittelt - am Ende kam es auch hier nicht  
22 zu einer entsprechenden Verurteilung. Auch die sog. "Letzte Generation" wurde mit diesen Mitteln  
23 überwacht, auch als der Verdacht nicht rechtlich bestätigt war. Im Gegenteil: Die Staatsanwaltschaft  
24 Berlin hat sogar einen Beschluss gefällt, dass die "Letzte Generation" keine kriminelle Vereinigung sei,  
25 was die Justizsenatorin Badenberg nochmal aus politischen Gründen überprüfen ließ. Solche  
26 politischen Eingriffe in Ermittlungen, die sich auf diesen Paragraphen beziehen, sind nicht  
27 überraschend, sondern zeigen vielmehr die politische Dimension des Paragraphens. Relevant ist hier,  
28 dass auch die bloße Unterstützung einer solchen Vereinigung nach §129 strafbar ist. Dies hat das  
29 Potential, Unterstützung für die "Letzte Generation" und auch Solidaritätsbekundungen mit Lina E. zu  
30 kriminalisieren. Im Falle der sogenannten "Letzten Generation" wurde dies deutlich, als die  
31 Bayerischen Ermittlungsbehörden einen entsprechenden Hinweis auf die mögliche Strafbarkeit der  
32 Unterstützung auf die beschlagnahmte Webseite der "Letzten Generation" schalteten.

33 Bis zu der Reform des Paragraphen 2017 galt, dass von einer kriminellen Vereinigung eine "erhebliche  
34 Gefahr für die öffentliche Sicherheit" ausgehen müsse, dies betraf Strafen, die mindestens mit fünf  
35 Jahren, nicht wie heute mit zwei Jahren Haft bestraft wurden.

36 Die „Letzte Generation“ wurde wegen des Strafbestands der „Nötigung“ verfolgt, eine Tat, die „nur“  
37 mit einem Haftstrafe von bis zu drei Jahren verfolgt wird, ein Bagatelldelikt, aber keine „erhebliche  
38 Gefahr für die öffentliche Sicherheit“. Sich darauf zu stützen, dass die Vergehen eine gefühlte  
39 Bedrohung darstellen, das lehnen wir ab!

40 Durch die geringen Hürden zu einer „Kriminellen Vereinigung“ erklärt zu werden, ist der Paragraph  
41 uferlos geworden. Unserem liberalen Rechtsstaat steht es nicht gut zu Gesicht, wenn seine  
42 Paragraphen zu stark Auslegungssache sind, im Gegenteil, sie müssen engmaschig und eindeutig sein.

43 Nicht, dass das nicht schon schlimm genug wäre, nun plant Innenministerin Nancy Faeser noch eine  
44 Reform des Paragraphen zur Bekämpfung von „Clankriminalität“. Das ideologische Ziel der  
45 Vereinigungen soll nun wegfallen auch Wirtschaftskriminalität soll nun als ausreichend angesehen  
46 werden, wenn Angehörige eines angeblichen „Clans“ in einer solchen „Vereinigung“ Mitglied sind,  
47 dann sollen sie abgeschoben werden, ohne Verurteilung. Wie man in den bisherigen Fällen gesehen  
48 hat, reichen schon Chat-Nachrichten um solch einer Vereinigung anzugehören. Diesen schwammigen  
49 Kriterien nach sollen Menschen ohne Verurteilung nun also abgeschoben werden, nur weil sie einer  
50 Familie angehören, weil sie den falschen Nachnamen tragen. Diese restriktive und rassistische Politik  
51 lehnen wir ab.

52 Wir fordern eine Reform der § 129 ff. Strafgesetzbuch unter Berücksichtigung folgender Punkte:

- 53 • § 129 ist als Grundtatbestand neuzufassen und auf die Begehung von Straftaten mittlerer  
54 Kriminalität zu beziehen. Bagatelldelikte der leichten Kriminalität sind dabei grundsätzlich  
55 auszuschließen. Die Mindeststrafe für strafbestandserfüllende Taten soll bei mindestens fünf  
56 Jahren liegen (ohne die Erhöhung der Strafe, die durch das Begehen in einer Vereinigung  
57 miteinhergeht)
- 58 • Es sind konkrete Vorgaben für die Organisation, Planung und Struktur einer Vereinigung zu  
59 entwickeln.
- 60 • Die Strafandrohung (die mögliche Strafe) des § 129 neuer Fassung ist herabzusetzen.
- 61 • Schwere Eingriffe in Grundrechte durch intensive Ermittlungsmaßnahmen, wie das Abhören  
62 von Kommunikation, dürfen nicht länger auf einem bloßen Verdacht der Gründung oder  
63 Beteiligung einer kriminellen Vereinigung beruhen. Dafür darf der Paragraph nicht mehr als  
64 sogenannte Katalogtat geführt werden.
- 65 • Für schwerkriminelle Vereinigungen, die auf die Begehung schwerwiegender Taten  
66 organisierter Kriminalität wie Mord, Totschlag, Schutzgelderpressungen oder Geldwäsche  
67 gerichtet sind, soll ein eigener Straftatbestand (Qualifikation) geschaffen werden.
- 68 • Von kriminellen wie terroristischen Vereinigungen muss eine erhöhte Gefahr für die  
69 öffentliche Sicherheit ausgehen.
- 70 • Eine Reform wie von Nancy Faeser eingebracht ist abzulehnen

**Antragssteller\*innen:** Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenversammlung der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **I5\_2/23: Für eine Analyse jenseits der 80er: Mehr Forschung zu Sexarbeit und Prostitution, Fachberatungsstellen und Schutz bei Zwangsprostitution**

1 Es wird viel über die Themen Sexarbeit und Prostitution diskutiert. Die Diskussion ist häufig aufgeladen  
2 und hat gesellschaftliche und politische Implikationen. Gleichzeitig wissen wir relativ wenig über das  
3 Feld, über das gesprochen wird. Alleine zur Zusammensetzung von Sexarbeiter\*innen und Menschen  
4 in der Prostitution ist sehr wenig bekannt. Unterschieden werden muss zwischen Sexarbeit, die  
5 freiwillig und selbstbestimmt stattfindet, Prostitution, die sich durch bspw. ökonomische Zwänge  
6 auszeichnet und Zwangsprostitution, in der Betroffene durch Dritte zur Prostitution gezwungen oder  
7 genötigt werden. Noch heute werden in der Debatte Schätzungen zur Anzahl von Sexarbeiter\*innen  
8 aus den 1980er Jahren verwendet, die nie wissenschaftlich belegt werden konnten. Neuere, seriöse  
9 Hochrechnungen existieren nicht. Das liegt auf der einen Seite am schwierigen Zugang zum Feld  
10 (sowohl auf Seiten der Forschenden, als auch auf Seiten der Akteur\*innen in der Sexarbeit) und auf  
11 der anderen Seite an der fehlenden Finanzierung großangelegter Studien.

### **Unterstützungsbedarfe**

12 Was wir allerdings aus den Beratungsstellen wissen ist, dass Sexarbeiter\*innen und Menschen in der  
13 Prostitution eine Vielzahl von Hürden und komplexer Herausforderungen begegnen können. Das  
14 betrifft beispielsweise die Bereiche Gesundheitsversorgung, Steuern und Finanzen, Wohnen und  
15 Aufenthaltsrecht und in besonderem Maße die Stigmatisierung ihres Berufs. Um echte Unterstützung  
16 in diesen und weiteren Fragen bieten zu können, ist der Aufbau von Vertrauen und eine zuverlässige  
17 Struktur unerlässlich. Es gibt einzelne (teils auf Zeit geförderte) Projekte, die diese wichtige Arbeit  
18 angehen. Aber nicht in jedem Bundesland gibt es etablierte Fachberatungsstellen, die als Anlaufpunkt  
19 bekannt sind und im Zweifelsfall an die passenden Projekte oder Stellen verweisen können. Ohne diese  
20 fest verankerten Anlaufpunkte, ist es schwierig, einen vertrauensvollen Kontakt herzustellen.  
21 Insbesondere der Umstieg in berufliche Alternativen, sollte dieser durch Sexarbeiter\*innen gewünscht  
22 sein, braucht Zeit und kann viel Frustration mit sich bringen. Aber auch andere Unterstützungsprozesse  
23 bauen auf einer langfristigen Zusammenarbeit und einem funktionierenden Zugang der  
24 Beratungsstellen ins Feld auf.  
25

26 Weitere Gründe für die Schwierigkeiten für Sexarbeiter\*innen und Menschen in der Prostitution liegen  
27 im Kontakt mit Behörden. Hier können ihnen Unwissen über Ausgangslagen und Bedarfe sowie  
28 Stigmatisierung begegnen. Ansprechpersonen, die Klient\*innen ernst nehmen, auf ihre Bedarfe  
29 eingehen und ihnen ein Gefühl von Sicherheit vermitteln, sind aber unerlässlich für eine erfolgreiche  
30 Zusammenarbeit.

### **Wir fordern**

- 32 • eine finanziell umfassend ausgestattete wissenschaftliche Dunkelfeldanalyse. Diese ist  
33 notwendig für eine gesellschaftspolitische Debatte, die sich an Tatsachen und der

34 Lebensrealität von Sexarbeiter\*innen und Menschen in der Prostitution orientiert und die eine  
35 konstruktive Haltung zu dem Feld ermöglicht. Betrachtet werden sollen unter anderem

- 36 ○ die Größe und Zusammensetzung des Feldes „sexuelle Dienstleistungen“,
- 37 ○ die Lebensrealitäten von Sexarbeiter\*innen und Menschen in der Prostitution,
- 38 ○ Hürden im Umgang mit Behörden und beim Umstieg sowie
- 39 ○ das Nachfrageverhalten

- 40 ● den Aufbau von fest verankerten Fachberatungsstellen in den Bundesländern. Diese müssen  
41 gut mit den Behörden vernetzt sein und brauchen feste Ansprechpersonen beispielsweise in  
42 den JobCentern, sodass Fachwissen weitergegeben und Klient\*innen zuverlässig vermittelt  
43 werden können, ohne Angst zu haben, auf Unverständnis oder weitere Stigmatisierung zu  
44 stoßen. Schulungsangebote durch die Fachberatungsstellen für Behördenmitarbeitende sollen  
45 zusätzlich Barrieren abbauen.

#### 46 **Zwang**

47 Neben der selbstbestimmten Sexarbeit, gibt es auch Menschen, die nicht freiwillig in der Prostitution  
48 sind. Zwangsprostitution beinhaltet sowohl Fälle in denen Menschen durch Abhängigkeitsbeziehungen  
49 und/oder Gewalt zur Prostitution gebracht werden, als auch solche Fälle in denen Betroffene zunächst  
50 mit dem Anbieten von sexuellen Dienstleistungen einverstanden waren, aber über die Umstände der  
51 Arbeit getäuscht wurden. Durch finanziellen Druck und Schulden durch Miete für Räumlichkeiten oder  
52 Drogen, oder aufenthaltsrechtliche Illegalisierung und Sprachbarrieren sehen Betroffene häufig keinen  
53 legalen Ausweg aus ihrer Situation. Über die Hälfte der Ermittlungsverfahren im Bereich der  
54 Zwangsprostitution wird durch polizeiliche Kontrollen eingeleitet, die unabhängig von der Meldung  
55 durch Betroffene stattfinden. Täter nutzen die vulnerable Lage Betroffener aus, um sie in dem  
56 Zwangsverhältnis zu halten. Dabei spielen auch aufenthaltsrechtliche Illegalisierung und  
57 Sprachbarrieren eine Rolle. Betroffene, die sich in Abhängigkeitsbeziehungen zu den Tätern befinden  
58 und verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt sind, brauchen ein funktionierendes Auffangnetz  
59 und zuverlässige Hilfe.

#### 60 **Neben den Unterstützungsstrukturen für Sexarbeiter\*innen fordern wir im Bereich** 61 **Zwangsprostitution**

- 62 ● mehrsprachige Informationskampagnen zum Erkennen von Zwangsprostitution, zu  
63 Ausstiegswegen und zu konkreten Handlungsmöglichkeiten und Hilfsangeboten.
- 64 ● niedrigschwellige Beratungs- und Therapieangebote für Betroffene, um das Erlebte  
65 aufzuarbeiten und bei dem Ausstieg aus dem Zwangsverhältnis begleitet zu werden.
- 66 ● einen wirklichen Schutz der Betroffenen durch Polizei und Rechtspflege. Es muss  
67 bedarfsgerechte Zeugenschutzprogramme für Opfer geben, die gegen ihre Zuhälter\*innen und  
68 Menschenhändler\*innen aussagen. Darüber hinaus müssen illegalisierte Betroffene, wie im  
69 aktuellen Koalitionsvertrag vorgesehen, unabhängig von ihrer Aussagebreitschaft einen  
70 sicheren Aufenthaltsstatus bekommen.

71

72

**Antragssteller\*innen:** Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

## **K1\_2/23 Resolution: Jüdisches Leben schützen! - Antisemitismus in der politischen Linken**

1 Auch weit über 70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz und dem Ende des 2. Weltkriegs sind  
2 antisemitische Beleidigungen, Vorfälle und Gewalttaten in Deutschland allgegenwärtig. In einer  
3 Stellungnahme Anfang August erklärte jüngst der Zentralrat der Juden in Deutschland diesbezüglich:  
4 "Wir erleben eine Geisteshaltung, die jüdisches Leben nicht zu Deutschland zählt." Sei es durch AfD-  
5 Abgeordnete, die offen eine Umkehr der Erinnerungskultur fordern oder durch Teilnehmer\*innen von  
6 Demonstrationen, welche antisemitische Parolen skandieren: Jüdisches Leben ist in Deutschland nicht  
7 sicher und war nie sicher.

8 Dabei geht die Hauptgefahr von rechts aus: Etwa 85 Prozent der bisherigen antisemitischen Straftaten  
9 im Jahr 2023 werden dem rechten Milieu zugerechnet. Demgegenüber steht ein israelbezogener  
10 Antisemitismus und Antizionismus in der politischen Linken, der viele Orte linken Aktivismus für  
11 Jüdinnen\*Juden unsicher macht und antisemitisches Gedankengut normalisiert. Darin liegt eine  
12 besondere Herausforderung für uns Jusos: Wir müssen einen entschiedenen Weg finden, auch  
13 gegenüber unseren Bündnispartner\*innen und politisch Gleichgesinnten unsere Kritik an  
14 antisemitischen Äußerungen zu artikulieren. Dabei ist für uns als antifaschistischer Verband klar:  
15 Jüdisches Leben weltweit zu schützen, ist eine der historischen Aufgaben Deutschlands. Wir kämpfen  
16 gegen jeden Antisemitismus.

### **17 Was ist Antisemitismus?**

18 Auf die Frage hin, was Antisemitismus denn genau meint, hat die International Holocaust  
19 Remembrance Alliance (kurz: IHRA) mit ihrer Arbeitsdefinition eine erste Antwort geliefert. Die Jusos  
20 Berlin haben diese Arbeitsdefinition der IHRA per Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz für sich  
21 angenommen.

22 Antisemitismus wird dabei als eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen\*Juden beschrieben, die  
23 sich als Hass gegenüber Jüdinnen\*Juden ausdrücken kann. Antisemitismus richtet sich in Wort oder  
24 Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum sowie gegen jüdische  
25 Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Antisemitismus ist dabei immer eine  
26 Wahrnehmung jüdischer Menschen und Gruppierungen bzw. als jüdisch-gelesener Menschen und  
27 Gruppierungen und beruht dabei oft nicht auf deren tatsächlichen Handlungen. Diese Wahrnehmung  
28 kann als Hass zum Ausdruck kommen. Die Arbeitsdefinition führt dabei aus, dass eben solche  
29 Wahrnehmungen Kern antisemitischer Weltanschauungen sind, die weitergegeben werden und  
30 antisemitische Stereotype fortschreiben, die auch heute nachwirken. Somit ist Antisemitismus eine  
31 Verschwörungsideologie. Das Phänomen des Antisemitismus umfasst Diskriminierung, aber auch eine  
32 Verschwörungskomponente.

33 Diese antisemitischen Erzählungen können dabei spezifische Handlungen, bössartige Zuschreibungen  
34 oder Anschuldigungen beinhalten, die alle auf der Annahme beruhen, dass Jüdinnen\*Juden in  
35 irgendeiner Form „anders“ sind - also außerhalb der Gesellschaft oder der Kultur stehen.  
36 Antisemitismus umfasst dabei oft die Anschuldigung, dass Jüdinnen\*Juden eine gegen die Menschheit  
37 gerichtete Verschwörung betreiben und dabei für Krisen, Probleme und Notsituationen verantwortlich  
38 sind.

39 Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich laut IHRA-Definition dabei auch gegen den Staat  
40 Israel richten, der als jüdisches Kollektiv verstanden wird. Die IHRA präzisiert, dass Kritik an Israel, die  
41 mit der Kritik an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden kann.

42 In dieser Form der sogenannten „Israelkritik“ - allein dieser Begriff offenbart mit Blick auf das Fehlen  
43 einer beispielsweise „Deutschlandkritik“ eine grundsätzlich antisemitische Haltung gegenüber dem  
44 Staat Israel - wird Israel oft als Sinnbild eines erdachten jüdischen Kollektivs verstanden. Anstatt Israel  
45 wie jeden anderen Staat zu „kritisieren“ wird dabei oft ein direkter Hass ausschließlich gegen Israel  
46 ausgedrückt oder versucht, den Staat Israel an doppelten Standards (dies bedeutet, dass Israel  
47 unverhältnismäßig härter kritisiert wird, als andere Staaten für Vergleichbares) zu messen.

48 Um israelbezogene Kritik von antisemitischen Äußerungen wird der sogenannte 3D-Test angewandt:  
49 Wenn Äußerungen den Staat Israel dämonisieren, delegitimieren oder doppelte Standards anlegen,  
50 handelt es sich um antisemitische Äußerungen.

51 Kurzum: Es ist antisemitisch, Jüdinnen\*Juden für gesellschaftliche Probleme, Konflikte und Krisen  
52 verantwortlich zu machen, die nicht aus dem Verhalten von Jüdinnen\*Juden resultieren, sondern nur  
53 als mit ihnen verbunden wahrgenommen werden. Antisemitismus kann sich auch als Hass gegen Israel  
54 als den „kollektiven Juden“ im Zusammenhang mit tatsächlichem oder vermeintlichem Verhalten  
55 äußern.

#### 56 **Seit Jahrhunderten die gleiche antijüdische Leier!**

57 Antisemitismus im Sinne einer Feindschaft gegen Jüdinnen\*Juden hat eine lange Geschichte.  
58 Judenfeindlichkeit ist keine Erscheinung der Neuzeit, sondern äußert sich vielmehr seit der Existenz  
59 von Jüdinnen\*Juden als Diskriminierungs- und Gewaltpraxis in verschiedensten Erscheinungsformen.  
60 Der Antisemitismus hat im Laufe der Geschichte dabei stets seine Gestalt verändert und sich an die  
61 historischen Gegebenheiten angepasst.

62 Schon in der Spätantike und zur Zeit der Anfänge des „christlichen Abendlandes“ kam es zu  
63 gewalttätigen Übergriffen gegen Jüdinnen\*Juden. Gegen Ende des Mittelalters wurden die religiösen  
64 Feindseligkeiten durch einen Volksaberglauben ergänzt. Mitte des 14. Jahrhunderts kam es zu  
65 grausamen Überfällen und der Vernichtung ganzer jüdischer Gemeinden, als Jüdinnen\*Juden  
66 vorgeworfen wurde, durch Vergiftung der Brunnen die Pestepidemie verursacht zu haben.

67 Der Reformator Martin Luther stand zu Beginn der Neuzeit für eine immer weiterführende  
68 Radikalisierung des Hasses gegen Jüdinnen\*Juden. Aus seinen späteren Schriften spricht glühender  
69 Hass und er forderte ihren radikalen Ausschluss, ein gewaltsames Vorgehen und betonte die große  
70 Gefahr, die von Jüdinnen\*Juden ausgehen würde.

71 Neuzeitliche und aufklärerische Bestrebungen, Jüdinnen\*Juden die gleichen Rechte zukommen zu  
72 lassen, wurden immer wieder durch Antisemit\*innen mit Verweis auf Verschwörungserzählungen und  
73 die vermeintliche „Bosheit“ von Jüdinnen\*Juden unterbunden.

74 Im Laufe des 19. Jahrhunderts dann veränderte sich der Charakter der Feindschaft gegen  
75 Jüdinnen\*Juden und stellte sich nun gegen die rechtliche und soziale Gleichstellung und wollte deren  
76 Emanzipation rückgängig machen. Zeitgleich wurden „die Juden“ zur Chiffre für alle gesellschaftlichen  
77 Probleme. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts dann begannen Antisemit\*innen ihren Hass und ihre  
78 Feindschaft durch sogenannte Rassentheorien zu fundieren, wobei Jüdinnen\*Juden dabei alle denkbar  
79 negativen Eigenschaften zugeschrieben wurden. Ab diesem Punkt wurde Antijudaismus zu  
80 Antisemitismus.

81 Antisemitismus war zu Beginn des 20. Jahrhunderts elementarer Gegenstand des deutschen  
82 Nationalismus, doch mit der Machtübergabe an die NSDAP wurde der Antisemitismus zu einem

83 Kernelement staatlicher Politik. Ein diskriminierend rassistisches Regelwerk von Gesetzen,  
84 Verordnungen und Maßnahmen grenzte Jüdinnen\*Juden wirksam aus der Gesellschaft aus. Im Laufe  
85 des Zweiten Weltkriegs radikalisierten sich die Maßnahmen der nationalsozialistischen Politik von der  
86 Entrechtung über die Ghettoisierung und Konzentration bis hin zu den groß angelegten  
87 Massenmorden des Holocaust.

88 Seit der Gründung des Staates Israel entstand eine neue Form des Antisemitismus, die als  
89 israelbezogener Antisemitismus verstanden werden kann. In der Sowjetunion und anderen Staaten  
90 überlagerte sich diese Form des Antizionismus mit hergebrachten Motiven und Stereotypen aus der je  
91 nationalen antijüdischen Tradition.

92 In Deutschland lässt sich mit Blick auf die Zeit nach dem Holocaust eine zweite Form des  
93 „Antisemitismus nach Auschwitz“ beobachten, der ein Phänomen der Abwehr von Scham- und  
94 Schuldgefühlen seitens der Gesellschaft beschreibt, die sich der Auseinandersetzung mit ihrer  
95 historischen Täter\*innenschaft stellen muss. Vom radikalen Einfordern eines „Schlussstrichs“ unter  
96 die Vergangenheit, über die bagatellisierenden Vergleiche mit anderen Menschheitsverbrechen bis hin  
97 zur Leugnung des Holocaust kommt diese Form des Antisemitismus in vielen Gestalten zum Ausdruck.

#### 98 **Keine Zusammenarbeit mit BDS! - Antisemitismus in der Gegenwart**

99 Jene antisemitischen Chiffren sind heutzutage keineswegs untergegangen, sondern allgegenwärtig.  
100 Während sich der Antisemitismus von rechts häufig durch krude Unterstellungen von  
101 Weltmachtsfantasien, und direkte, gewaltvolle Diffamierung von Jüdinnen\*Juden auszeichnet, ist in  
102 der politischen Linken vor allem der erwähnte israelbezogene Antisemitismus verbreitet.

103 In der Debatte um israelbezogenen Antisemitismus werden häufig Antirassismus und die Bekämpfung  
104 von Antisemitismus gegeneinander ausgespielt, obwohl man diese gemeinsam sehen muss. Für uns  
105 Jusos ist klar: Wir lösen den Konflikt nicht einseitig auf, sondern kritisieren unideologisch und  
106 undogmatisch das Auftreten von jeglichem Rassismus und Antisemitismus. So verurteilen wir die auf  
107 Instagram geteilte Parole der “Migrantifa Berlin” anlässlich des Gedenktages von Hanau als  
108 antisemitisch und kritisieren ebenso die rassistischen, rechten und demokratiegefährdenden Kräfte im  
109 aktuellen Kabinett um Premier Benjamin Netanjahu. Israelbezogener Antisemitismus ist momentan an  
110 unterschiedlichen Orten zu beobachten:

111 Prominenteste Vertreterin dieser Form von Antisemitismus ist die BDS-Bewegung (“Boycott, Divest,  
112 Sanction”). Dem BDS geht es nicht um einen legitimen Ausdruck von Solidarität mit  
113 Palästinenser\*innen. Für uns ist klar: Unterstützer\*innen der BDS-Bewegung sind keine möglichen  
114 Bündnispartner\*innen der Jusos, sondern unsere politischen Gegner\*innen! Diese Bewegung um den  
115 Pink-Floyd Gitarristen Roger Waters existiert etwa seit der Anti-Rassismuskonferenz in Durban 2001  
116 und fordert den Boykott Israels auf jeglicher Ebene - sei es wirtschaftlicher, kultureller oder  
117 akademischer Art. Beispielsweise werden Künstler\*innen, die in Israel auftreten, oder Unternehmen,  
118 die mit israelischen Unternehmen Geschäfte abschließen, massiv angefeindet. Dies gilt ebenso für  
119 Personen wie Abbas, die den Holocaust leugnen oder Jüd\*Innen an ihm die Schuld geben.

120 Neben der BDS-Bewegung fällt Amnesty International seit geraumer Zeit damit auf, in übermäßiger  
121 Art und Weise, den Staat Israel zu kritisieren. Dabei ist unbestritten, dass Amnesty in vielen Ländern  
122 unfassbar wichtige Arbeit leistet. So wird im Amnesty-Abschlussbericht des Jahres 2022 ausschließlich  
123 Israel der “Apartheidvorwurf” unterbreitet, während nicht nur rassistische Diskriminierungen von  
124 Jüdinnen\*Juden in benachbarten arabischen Staaten unerwähnt bleiben (1948 lebten bspw. noch  
125 75.000 Jüdinnen\*Juden in Ägypten, heute nur noch 20). In den sozialen Medien behandelt nahezu  
126 jeder vierte Beitrag von Amnesty International die vermeintliche “Apartheid” von Israel und lässt die  
127 Handlungen der terroristischen Organisation “Hamas” vollkommen außen vor.

128 Diese obsessive Darstellung ist Ausdruck eines lange bestehenden antisemitischen Bildes –  
129 Jüdinnen\*Juden seien im Besonderen für das Schlechte auf der Welt verantwortlich, an den Staat Israel  
130 werden nach dem Maßstab des 3D-Tests doppelte Standards angelegt. Für uns ist klar:  
131 Menschenrechtsverletzungen gehören aufgeklärt - immer und überall. Wer dabei aber jegliche  
132 Verhältnismäßigkeit verliert argumentiert antisemitisch und kann diese Rolle nicht glaubwürdig  
133 ausfüllen - insbesondere hinsichtlich der Menschenrechte von Jüdinnen\*Juden.

#### 134 **Gegen die Dämonisierung Israels in der politischen Linken!**

135 Der Antisemitismus in Teilen der aktivistischen Linken zeichnet sich dadurch aus, dass jegliche  
136 inhaltliche Themen auf absurde Art und Weise mit dem Staat Israel in Verbindung gesetzt werden.  
137 Dabei sind die Kernziele der Initiativen häufig begrüßenswert, bspw. der Kampf für mehr  
138 Klimagerechtigkeit, aber die Einbeziehung von israelkritischen Forderungen steht oftmals in solch  
139 einem sachfremden Zusammenhang, dass wiederum eine Obsession mit Jüdinnen\*Juden zum  
140 Ausdruck kommt.

141 Beispiele hierfür finden sich an vielen Stellen und in unterschiedlichen Bewegungen wie beispielsweise  
142 Demonstrationen der Klimagerechtigkeitsbewegung, der Initiative "Lützi bleibt", dem Gedenken der  
143 "Migrantifa Berlin" zum Attentat in Hanau oder der Internationalist Queer Pride in Berlin.

144 Die obsessive Dämonisierung Israels in den unterschiedlichsten politischen Themenfeldern ist nicht  
145 nur vollkommen sachfremd, sondern hinterlässt den Eindruck, dass Jüdinnen\*Juden eine  
146 Mitverantwortung für all diese Probleme tragen. Dadurch werden Hürden für Jüdinnen\*Juden  
147 geschaffen, sich in linken Bewegungen zu engagieren. Es ist falsch, dass Jüdinnen\*Juden den Eindruck  
148 gewinnen, sie seien Gegner\*innen/Feinde linker Bewegungen. Doch wenn bei jedem linken Thema  
149 immer wieder Israel als jüdischer Schutzraum problematisiert wird, kann die politische Linke den  
150 Kampf gegen Antisemitismus nicht glaubwürdig führen.

#### 151 **Laut sein - immer und überall!**

152 Wir kämpfen für queere Rechte, echte Klimagerechtigkeit und machen auf das abscheuliche Attentat  
153 von Hanau aufmerksam und wir lehnen eine obsessive Auseinandersetzung mit dem Staat Israel als  
154 Ausdruck israelbezogenen Antisemitismus ab. Wir müssen es stärker als bisher schaffen, auch  
155 gegenüber vermeintlichen politischen Freund\*innen, unsere Kritik zu äußern und laut zu werden.  
156 Den Kampf gegen Antisemitismus beschränken wir nicht nur auf die politische Rechte. Nur so sind  
157 wir gegenüber unserem antifaschistischen Anspruch, jüdisches Leben zu schützen, glaubwürdig und  
158 können selbst ein Ort sein, an dem sich Jüdinnen\*Juden wohlfühlen. Auch wir Jusos müssen uns  
159 immer in Bezug auf Antisemitismus reflektieren: Zu häufig macht unsere Kapitalismuskritik den  
160 Fehler, anstatt das System, Einzelpersonen und Gruppen zu kritisieren. Mit dieser personalisierenden  
161 Kapitalismuskritik begeben wir uns in eine strukturelle Verwandtschaft zu antisemitischen  
162 Verschwörungstheorien. Diese gehen ebenso von einer kleinen Menge einflussreicher und  
163 "habgieriger" Menschen aus, die das Wirtschaftssystem kontrollieren. Der Schritt vom Banker, der  
164 für alles Üble dieser Welt verantwortlich gemacht wird, zur antisemitischen Verschwörungstheorie  
165 der "Globalisten" und der "Rothschild-Familie" ist nicht weit.

166 Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass jede Kapitalismuskritik antisemitisch ist. Es gibt jedoch  
167 innerhalb der politischen Linken eine antisemitische Kapitalismuskritik – und diese nutzt die Brücke  
168 der personalisierenden Kapitalismuskritik, um antisemitische Verschwörungstheorien zu verbreiten.  
169 Eine zielführende sozialistische Analyse kann immer nur eine Systemkritik sein, zu Antisemit\*innen  
170 wollen und können wir nicht anschlussfähig sein. Insbesondere da unsere theoretische Verordnung  
171 zum Teil auf marxistische Analysen aufbaut und Marx selbst stellenweise antisemitischen  
172 Überzeugungen hatten, müssen wir auch unsere Überzeugungen immer kritisch hinterfragen.

173 Klar ist dabei: Den Faschist\*innen überlassen wir weiterhin keinen Zentimeter und wir werden immer  
174 laut, wenn Nazis ihren Judenhass kundtun. Der Hauptgegner von jüdischem Leben steht rechts! Wenn  
175 wir gegen jeden Antisemitismus eintreten, müssen wir aber auch im politisch linken Milieu konsequent  
176 sein. Linke politische Bewegungen müssen Jüdinnen\*Juden bedingungslos offen stehen - dazu können  
177 wir Jusos einen Beitrag leisten. Deswegen müssen wir selbstkritisch anerkennen, dass die Sichtbarkeit  
178 von jüdischen Themen und Personen in unserer täglichen politischen Arbeit häufig zu kurz kommt. Um  
179 diesem Anspruch stärker gerecht zu werden, bekennen wir uns zu folgenden Forderungen:

- 180 ● Wir treten jedem Antisemitismus, egal wo er auftritt oder von wem er geäußert wird,  
181 entgegen!
- 182 ● Innerhalb der politischen Linken müssen die Jusos eine kritischere Rolle hinsichtlich des  
183 Auftretens von Antisemitismus einnehmen.
- 184 ● Antirassismus und Antisemitismuskritik spielen wir nicht gegeneinander aus, sondern es sind  
185 zwei Seiten einer Medaille und kritisieren daher das Auftreten von jeglichem Rassismus und  
186 Antisemitismus.
- 187 ● Wir bekennen uns zur strikten Ablehnung jeglicher BDS-Unterstützer\*innen durch Juso-  
188 Gliederungen aller Ebenen und lassen diese Wertung noch stärker in unsere Verbandspraxis  
189 einfließen.
- 190 ● Wir stehen zur Antisemitismusdefinition der IHRA einschließlich der Ergänzung der  
191 Bundesregierung durch den Beschluss vom 20. September 2017 und solidarisch an der Seite  
192 des Staates Israel.
- 193 ● Wir werden zeitnah einen Workshop bzw. eine Diskussionsveranstaltung durchführen, durch  
194 welche wir die inhaltliche Auseinandersetzung mit Antisemitismus und seinen Auftrittformen  
195 in der Breite unseres Verbands stärken und ausbauen wollen. Außerdem werden wir den  
196 Austausch mit jüdischen und sich der Bekämpfung von Antisemitismus verschriebenen  
197 Organisationen wie bspw. dem JFDA e.V., der Jüdischen Studierendenunion oder dem jungen  
198 Forum der deutsch-israelischen Gesellschaft intensivieren und aufnehmen.
- 199 ● Wir fordern die Senatsverwaltung dazu auf Workshops gegen Antisemitismus an Schulen  
200 stärken zu unterstützen

201

**Antragssteller\*innen:** Jusos Lichtenberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:  
Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

## **K3\_2/23 Unser Kampf gegen den Kulturkampf!**

1 Unter dem Stichwort Kulturkampf fasst die politische Rechte, Konservative bis zur extremen Rechten ihren  
2 Kampf gegen „Wokeness“ und „cancel culture“ für „Meinungsfreiheit“ und traditionelle Werte zusammen.  
3 Sie werfen der politischen Linken und den progressiven Teilen der Gesellschaft vor, einen Kulturkampf zu  
4 betreiben. Doch wenn wir einen Blick in die USA werfen, sehen wir, dass der Kulturkampf von Rechts bereits  
5 seit Jahren geführt wird und in den letzten Jahren auch in Europa und Deutschland Fahrt aufnimmt. Im  
6 Namen des „Kampf gegen den Kulturkampf“ oder gegen „Wokeness“ werden Gesetze erlassen, die die  
7 Rechte von Trans-Personen einschränken. Im Zuge dieser Gesetze werden dann auch die Rechte von anderen  
8 queeren Menschen massiv beschnitten. Ein Beispiel sind die Gesetze aus Florida, welche erst auf Trans-  
9 Menschen zielten und dem dann das „Don't say gay“-Gesetz folgte. Das „Don't say Gay“-Gesetz verbietet es  
10 Lehrer\*innen an Schulen in Florida mit ihren Schüler\*innen über Sexualität oder Geschlechtsidentität zu  
11 sprechen, die von der heterosexuellen Norm abweichen.

12 Gleichzeitig werden unter dem Vorwand des Schutzes von Kindern der Schulunterricht und die öffentlichen  
13 Bibliotheken von Inhalten gesäubert, die den Kindern „ein schlechtes Gefühl“ geben könnten. Dies zielt vor  
14 allem auf Literatur und Lerninhalte, die sich mit „whiteness“ und Diskriminierung von Minderheiten, vor  
15 allem BIPOC, sowie feministischen oder queeren Themen beschäftigen. Neben Amanda Gormans Gedicht  
16 „The Hill We Climb“ in einer Grundschule in Florida, wurde in anderen School Districts, in dem Fall in  
17 Tennessee, das Buch „Maus. A Survivor's Tale“ von Art Spiegelmann verboten. Der mit einem Pulitzerpreis  
18 ausgezeichnete Comic beschäftigt sich mit der Geschichte von Art Spiegelmanns Vater, der die Shoah  
19 überlebt hat.

20 Doch diese Strategie der alt-right und des konservativen Lagers in den USA zeigt sich zunehmend auch in  
21 Deutschland. Hier sind vor allem drei Haupt-Kampffelder auszumachen.

### **Der Kampf um die Geschichte**

23 Ein wichtiger Baustein der Kulturkämpfer\*innen ist das Umschreiben, Umdeuten und Verleugnen der  
24 Geschichte. Durch Beschränkungen, die beinhalten, dass in den USA nicht oder nur in absolut  
25 verharmlosender Form über die Sklaverei, Jim-Crow-Laws und allgemein Diskriminierung von Minderheiten,  
26 insbesondere BIPOC, gesprochen werden darf, wird White Supremacy aufrecht erhalten und soll weiter  
27 ausgebaut werden.

28 In Deutschland äußert sich der Kampf zum Beispiel in den zunehmenden Angriffen auf Gedenkstätten und  
29 Gedenkorte für die Opfer des Nationalsozialismus. Gleichzeitig werden die Diskriminierungs- und  
30 Gewalterfahrungen von Minderheiten in Deutschland vor und nach der Wende gelehrt und verharmlost.

31 Während die extreme Rechte die Shoah in Teilen noch immer leugnet, sehen wir in anderen Teilen des  
32 Spektrums eher eine Instrumentalisierung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Mit dieser geht auch  
33 eine Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen einher. So haben wir während der Corona  
34 Pandemie immer wieder Menschen gesehen, die gelbe Sterne mit der Aufschrift „ungeimpft“ trugen sowie  
35 die Reden gehört, in denen sich Menschen entweder mit Verfolgten des NS-Staates oder mit  
36 Widerstandskämpfer\*innen gleichsetzten.

### **Kampf gegen die Medien**

37 Der Kampf gegen die Medien ist ein Teil des rechten Kulturkampfes und vor allem gegen unabhängige Medien  
38 zu beobachten. Trumps „Fake News“ oder Pegidas „Lügenpresse“ sollen die Glaubwürdigkeit der Medien,  
39

40 vor allem von kritischem und unabhängigem Journalismus, untergraben. Die Presse hat in einer Demokratie  
41 die Aufgabe, als „vierte Gewalt“ die Öffentlichkeit zu informieren und damit die anderen drei Säulen der  
42 Gewaltenteilung zu kontrollieren. Da öffentliche Kontrolle oder Kritik von Rechten aber als Verrat  
43 wahrgenommen werden, muss diese um jeden Preis unterbunden werden.

44 In Deutschland lässt sich der Kampf gegen die Medien vor allem als Kampf gegen den öffentlich-rechtlichen  
45 Rundfunk beobachten. Es ist auffällig, wann die Kritik am ÖRR geäußert wird: Immer dann, wenn Beiträge  
46 nicht ins Agenda Setting der Kulturkämpfer\*innen passen. Sei es, weil über die Klimakrise oder rechte  
47 Netzwerke bei der Polizei gesprochen wird oder weil Jugendformate ihrem Auftrag nachkommen und  
48 Aufklärung zu Themen wie sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität anbieten.

49 Gleichzeitig wird von Cancel Culture gesprochen, wenn Kritik an der Reproduktion von Sexismus oder  
50 anderen Diskriminierungsformen durch Medienbeiträge geübt wird. In diesen Fällen wird mit  
51 Meinungsfreiheit argumentiert, obwohl die so kritisierten nur in seltensten Fällen Konsequenzen für ihr  
52 Handeln erfahren haben. Der Widerspruch in der Argumentation lässt sich schon daran erkennen, dass  
53 explizit die Verschrumpfung des ÖRR auf ein Nachrichten-/ Informationsmedium gefordert wird, die Formate,  
54 deren Streichung am häufigsten gefordert wird, ausgerechnet Panorama und Monitor sind, die  
55 Informationen und Hintergründe zu politischen Themen bereitstellen.

### 56 **Antifeminismus**

57 Das aktuelle Haupt-Kampffeld der rechten Kulturkämpfer\*innen ist der Kampf gegen den (Queer)-  
58 Feminismus.

59 Wie wir an der aktuellen Debatte um das Selbstbestimmungsgesetz sehen, wird der Schutz von vulnerablen  
60 Gruppen durch Rechte als Schutzbehauptung missbraucht. So wird die Sicherheit der Frauen in  
61 Frauenhäusern, sowie die Sicherheit von Kindern, als Argument genutzt, um die eigene Propaganda zu  
62 verbreiten. Gleichzeitig wird von den gleichen Personen bei Missbrauchsvorwürfen immer und konsequent  
63 die Unschuldsvermutung hochgehalten und der Wahrheitsgehalt der Vorwürfe angezweifelt. Des Weiteren  
64 wird die Schuld immer konsequent bei den Betroffenen gesucht, außer diese entstammen nicht der weißen,  
65 heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft. Auf diese Art und Weise findet regelmäßig eine öffentliche  
66 Schuldumkehr statt.

67 In der Konsequenz wird jeder Versuch, gesellschaftlichen Fortschritt im Bereich Rechte für FINTA und queere  
68 Menschen zu erkämpfen, durch Rechte als „Kulturkampf“ gelabelt. Hierdurch soll die Diskussion schon in  
69 ihrem Ausgangspunkt als illegitim ausgeschlossen werden. Gleichzeitig werden Menschen, die für ihre Rechte  
70 eintreten, als die Aggressor\*innen gegen die „heile“ cis-hetero Welt diffamiert.

### 71 **Kampf gegen Migration**

72 Auch in den Debatten um die Reformen des Staatsbürgerschaftsrechts haben wir den Kulturkampf und seine  
73 Scharnierfunktion für Konservative bis extreme Rechte erlebt. Die Statements und Schlagzeilen, in denen von  
74 einem „Verramschen der Staatsbürgerschaft“ zu lesen war, waren nur noch dank der Autor\*innenschaft  
75 eindeutig zuzuordnen. Aber auch in anderen Debatten, wie etwa in der um die Kindergrundsicherung,  
76 wurden im öffentlichen Diskurs rechte Narrative bedient, um die eigene Position zu rechtfertigen.

### 77 **Was bedeutet das für uns?**

78 Der Kulturkampf, den wir von rechts beobachten, wird von rechten Thinktanks wie dem „Institut für  
79 Staatspolitik“ als „Metapolitik“ bezeichnet. Er dient der Vorbereitung des Angriffes auf die Rechte und in  
80 letzter Konsequenz dem Angriff auf das Leben von Menschen, die nach dem rechten Weltbild nicht Teil der  
81 „homogenen Volksgemeinschaft“ sind. Denn wenn sie von der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr als Teil der  
82 Gesellschaft betrachtet werden, wird die Mehrheitsgesellschaft sich bei Verbrechen gegen diese Gruppen

83 auch nicht zur Wehr setzen. Die Frage kann nicht sein, ob wir uns mit Verteilungsfragen oder dem  
84 Kulturkampf beschäftigen wollen, denn wir müssen beides tun. Der Kulturkampf ist da, und wenn wir ihn  
85 gewinnen wollen, müssen wir ihn als solches bezeichnen und führen. Denn die Konsequenz daraus, ihn nicht  
86 zu führen, sind potenzielle Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

87 Daraus sind folgende Forderungen abzuleiten:

- 88 ● Den verpflichtenden Erhalt und Ausbau der Finanzierung von politischer Bildung und dem Kampf  
89 gegen Rechts sowohl im Bundeshaushalt als auch in den Landeshaushalten.
- 90 ● Klare Distanzierungen und Verurteilungen von Vorständen, bei Übernahmen rechten Framings  
91 durch Mandats- und Funktionsträger\*Innen der SPD.
- 92 ● Schaffung von Bildungsangeboten in der SPD für Mandats- und Funktionsträger\*innen sowie allen  
93 Genoss\*innen zu rechten Framings.
- 94 ● Kein Framing des Kampfes gegen Diskriminierung als „Kulturkampf“ in Kampagnen der SPD und auf  
95 allen öffentlichen Kanälen der SPD.
- 96 ● Klare öffentliche Positionierung der SPD, wenn andere demokratische Parteien rechte Framings  
97 übernehmen.
- 98 ● Die klare Unterstützung queer-feministischer und antirassistischer Positionen sowie ein  
99 Entgegenstellen gegen Geschichtsverharmlosung und Holocaust-Leugnung.
- 100 ● Aufnahme der Aufklärung über rechte Rekrutierungsmethoden in die Schulpläne, im  
101 Orientierungskurs und in staatlichen Bildungsangeboten für Erwachsene
- 102 ● Ausbau der Präventionsprogramme in besonders von Rechtsextremismus betroffene Bundesländer
- 103 ● Entwicklung eines Leitfadens auf Bundesebene mit Handlungsanweisungen bei Einschüchterungs-  
104 und Störungsversuchen von Rechts und praktischen Empfehlungen für Kulturinstitutionen wie  
105 Sicherheitskonzepte
- 106 ● Vernetzungsmöglichkeiten, Freiräume und Safe Spaces schaffen für Institutionen und  
107 Kulturschaffende, die von Rechts bedroht werden, Ausbau der „Erklärung der vielen“
- 108 ● Unterstützung für Kultureinrichtungen, die besonders von Rechts bedroht werden. Institutionen  
109 müssen eine Sicherheit bezüglich ihrer staatlichen Finanzierung haben und sollten diesbezüglich  
110 mehr gestärkt werden.

**Antragsteller\*innen:** Jusos Reinickendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **O3\_2/23 Ein Awareness-Team für die SPD**

1 Die Statuten sind dahingehend anzupassen, dass jeder Kreisverband der Berliner SPD eine\*n  
2 Awareness-Beauftragte\*n oder ein Awareness-Team ab dem Jahr 2024 vorhalten muss. Die für  
3 Awareness beauftragten Personen sind vom Kreisvorstand unabhängig. Sie können vom Kreisvorstand  
4 zu einzelnen Punkten beratend hinzugezogen werden. Ihnen ist auf Verlangen die Möglichkeit zu  
5 geben, sich zu einem ihren Aufgabenbereich betreffenden Sachverhalt zu äußern.

6 Nicht nur gesellschaftlich, sondern auch parteiintern kann es zu Diskriminierung kommen. Im  
7 politischen Prozess kommt dabei eine vom Wettbewerb unabhängige Klärung, Aufarbeitung und  
8 Sensibilisierung häufig zu kurz. Doch als moderne Partei müssen wir den Anspruch haben nicht nur  
9 von Gleichheit, Gerechtigkeit und Toleranz zu reden, sondern diese auch selbst zu leben. Daher sehen  
10 wir die Einführung eines Awareness-Teams als einen dafür wichtigen Schritt.

11 Das Awareness-Team ist zuständig für Fälle psychischer, emotionaler und physischer Übergriffe sowie  
12 (auch intersektional) diskriminierender Verhaltensweisen, insbesondere aus Gründen von Sexismus,  
13 Rassismus, Antisemitismus, Gadjé-Rassismus, Ableismus, Altersdiskriminierung und Queer-  
14 Feindlichkeit. Seine Aufgabe ist dabei, in erster Linie sicherer und unvoreingenommener  
15 Ansprechpartner für Betroffene, die auch anonym bleiben können. Die Mitglieder sind dabei zur  
16 Verschwiegenheit verpflichtet. Das Awareness-Team kann Betroffene über Möglichkeiten, Richtlinien  
17 und ggf. Gesetze und weitere rechtliche Schritte informieren und dabei unterstützen, in die  
18 Vermittlung und Klärung der Fälle zu gehen. Die Entscheidung über die Aufnahme solcher Schritte  
19 unterliegt dabei stets dem Willen der Betroffenen.

20 Zur Prävention zukünftiger oben beschriebener Diskriminierungen ist die weitere Funktion des  
21 Awareness-Teams Genoss\*innen für diskriminierungsfreie Strukturen und Verhaltensmuster zu  
22 sensibilisieren. Denn letztendlich bleibt Antidiskriminierung Aufgabe aller Genoss\*innen.

23 Dazu hat das Awareness-Team die Aufgabe, Angebote in den Kreisen zu schaffen, um die Mitglieder  
24 in sensibler Sprache und tolerantem Verhalten zu schulen. Verpflichtende Schulungen des Awareness-  
25 Teams sind für geschäftsführende Vorstandsmitglieder der Abteilungen und des Kreises  
26 durchzuführen. Bei größeren Veranstaltungen der Kreise ist ein Awareness-Konzept vorzuhalten.

27 Das Gremium setzt sich aus drei bis sieben Personen zusammen. Bei der Zusammensetzung des  
28 Awareness-Teams ist auf Diversität und Quotierung zu achten. Es sollen möglichst viele  
29 Personengruppen, die von Diskriminierung betroffen sind, in dem Awareness-Team vertreten sein. Die  
30 Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), die AG Queer, die AG Migration, die Jusos  
31 und die AG60+ sollen bei der Benennung entsprechender Personen beteiligt werden. Es ist zu  
32 beachten, dass die Mitglieder des Awareness-Teams in der Vergangenheit kein diskriminierendes  
33 Verhalten an den Tag gelegt haben. Außerdem dürfen keine Vorstandsmitglieder in dem Awareness-  
34 Team vertreten sein.

35 Dem Awareness-Team sind Fortbildungsangebote bereitzustellen und zu finanzieren, damit auch die  
36 Mitglieder des Teams sich weiterbilden, um ihren Aufgaben nachkommen zu können. Eine Schulung

37 des Awareness-Teams soll möglichst einmal im Jahr stattfinden, mindestens jedoch einmal zu Beginn  
38 der Amtsperiode des Teams.

39 Dem Awareness-Team ist eine eigene Mailadresse zur Verfügung zu stellen, damit Betroffene eine  
40 Möglichkeit haben, das Team (anonym) zu kontaktieren. Weiterhin soll das Awareness-Team auch  
41 eine Handynummer erhalten und über gängige Messenger-Dienste erreichbar sein. Bei der konkreten  
42 Ausgestaltung des Teams und seiner Befugnisse ist sich am Awareness-Team des Landesverbands der  
43 Jusos Berlin zu orientieren.

**Antragsteller\*innen:** Juso-Hochschulgruppen Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

## **S1\_2/23 Marode Hochschulen schwimmen – nur nicht in Geld!**

1 Die Gebäude der Berliner Universitäten sind marode. Zuletzt zeigte sich das im Juni 2023 an der  
2 Technischen Universität mit einer vollständigen Havarie des Physikgebäudes. Die Hochschule  
3 verzeichnete wiederholt Wasserschäden in immensem Umfang, sodass mehrere Hochschulgebäude  
4 für den Lehrbetrieb geschlossen werden mussten und dies auch bis heute sind. Die Infrastruktur wurde  
5 durch jahrzehntelange Sparmaßnahmen so vernachlässigt, dass in Konsequenz nun Sanierungskosten  
6 in horrender Höhe entstanden sind. Diese Rechnung geht nicht auf! Allein an der TU Berlin würde die  
7 Summe für das Aufholen des Sanierungsstaus 2,4 Milliarden Euro betragen.

8 Die Berliner Hochschulen verzeichnen einen hohen Sanierungsbedarf und benötigen dringend Gelder.  
9 Nicht nur das Beispiel der TU Berlin unterstreicht, dass der Kurs der Sparmaßnahmen in der  
10 Instandhaltung der Hochschulgebäude nur eine Amplifikation der Probleme für die Zukunft bedeutet.  
11 Damit muss jetzt Schluss sein!

### **Nachhaltige Finanzierung für ein gutes Studium**

12 Die Berliner Hochschulen verzeichnen 200.000 Studierende und 50.000 Beschäftigte und stellen damit  
13 eine ernstzunehmende Größe in unserer Stadtgesellschaft dar. Damit die Studierenden ihr Studium  
14 erfolgreich absolvieren können und die Beschäftigten unter fairen Bedingungen arbeiten können,  
15 braucht es eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen. Es ist nicht hinnehmbar, dass  
16 Studierende und Beschäftigte in zugigen Räumen arbeiten müssen, in denen es auch noch durch die  
17 Decke regnet!  
18

19 Zusätzlich müssen auch die Berliner Hochschulen ihren Beitrag zur Klimaneutralität leisten. Damit auch  
20 die Hochschulgebäude klimafreundlich werden, braucht es umfassende energetische  
21 Sanierungsmaßnahmen. Strom und Wärme für die Räumlichkeiten der Hochschulen machen neben  
22 etwa den IT-Rechenzentren einen großen Teil der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus. Im Jahr 2019 war der  
23 Energieverbrauch an der Humboldt-Universität zu Berlin für 70 Prozent der insgesamt durch die  
24 Hochschule ausgestoßenen Emissionen verantwortlich.

### **Grundfinanzierung erhöhen, Drittmittel runter!**

25 Die Ausgangslage der Berliner Hochschulen zeigt, dass die zunehmende Bauфälligkeit ihrer  
26 Liegenschaften nur eines der Symptome einer unterfinanzierten Hochschullandschaft ist. Drittmittel  
27 machen die Hochschulen abhängig von an privatwirtschaftliche Bedingungen geknüpfte Finanzspritzen  
28 von Dritten. Diese Art der privaten Finanzierung im öffentlichen Hochschulsektor verlagert nicht nur  
29 das Gefälle des Einflusses: Durch die Puntktualität der bereitgestellten Mittel ist etwa eine langfristige  
30 Planung von Projekten oder die unbefristete Einstellung von Personal im Forschungssektor undenkbar.  
31 Die geplante jährliche Steigerung der in den Hochschulverträgen bereitgestellten Mittel ist ein guter  
32 erster Schritt, reicht aber nicht aus! Denn leider zeichnet sich parallel als Trend ab, dass die  
33 Drittmittelfinanzierung in Berlin stetig wächst, während die Anteile der öffentlichen  
34 Hochschulfinanzierung proportional sinken. Es braucht daher endlich ausreichend ausgestattete  
35 Haushalte für die Berliner Hochschulen!  
36

37 Daher fordern wir:

- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- Moderne und zeitgemäße Ausstattung von Lern- und Lehrräumen, die digitales Lernen und Lehren ermöglicht
  - Hochschulen müssen endlich langfristig ausfinanziert werden, um eine Grundqualität der wissenschaftlichen Arbeit sicherzustellen
  - Konkret müssen neben den Geldern für die Hochschulverträge weitere Mittel für Sanierungen der Hochschulen von der Senatsverwaltung bereitgestellt werden. Diese Mittel müssen ausreichend sein, um den Sanierungsstau der Hochschulen abzubauen.
  - Investitionen in energetische und infrastrukturelle Baumaßnahmen für klimaneutrale Hochschulen
  - Dies umfasst unter anderem eine CO<sub>2</sub>-neutrale Wärmeversorgung für die Hochschulgebäude

48

**Antragsteller\*innen:** Juso-Arbeitskreis Klima und Umwelt

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **U1\_2/23 Das sechste Massenaussterben verhindern – Wege gegen das Artensterben**

1 Wir leben in einer Zeit der multiplen ökologischen Krisen. Während die Klimakrise endlich einen  
2 wichtigen Platz in der öffentlichen Debatte gefunden hat, wird über die zweite große ökologische Krise  
3 kaum diskutiert: das Artensterben. Jeden Tag sterben derzeit 150 Tier- und Pflanzenarten für immer  
4 aus. Einmal ausgestorben, wird eine Art nie wieder zurückkehren.

5 Es gab in der Erdgeschichte fünf große Massenaussterben, bei denen jeweils ein großer Teil der Tier-  
6 und Pflanzenarten auf der Erde ausgestorben ist. Das Leben insgesamt ging zwar weiter, hat aber  
7 jeweils Millionen von Jahren gebraucht, um sich davon zu erholen. Das letzte große Massenaussterben  
8 fand vor 65 Millionen Jahren statt, als durch einen Meteoriteneinschlag unter anderem die Dinosaurier  
9 vollständig ausstarben. Die aktuelle Rate des Artensterbens hat eine Geschwindigkeit erreicht, dass  
10 Wissenschaftler\*innen mittlerweile vom sechsten großen Massenaussterben der Erdgeschichte  
11 sprechen. Auf jeden Fall ist die Rate des Aussterbens mittlerweile so hoch wie seit 65 Millionen Jahren  
12 nicht mehr. Der Hauptgrund dafür ist ähnlich wie bei der Klimakrise der Mensch. Durch menschliches  
13 Handeln und unsere Art zu Leben und zu Wirtschaften schränken wir viele Tiere und Pflanzen in ihren  
14 Lebensräumen immer weiter ein und bedrohen so ihre Existenz. Daher müssen die Menschen auch  
15 ihren Teil zur Lösung des Problems beitragen.

16 Die Ökosysteme auf der Erde sind sehr komplex und aufeinander abgestimmt. Ein Wegfallen von Arten  
17 aus diesen kann zum Kollaps ganzer Ökosysteme führen und wird so zwangsläufig am Ende auch den  
18 Menschen selbst betreffen.

19 Artenschutz ist ein absolutes Querschnittsthema, dass sich durch alle Bereiche menschlichen Handelns  
20 und durch unser Verhältnis und unseren Umgang mit der Umwelt insgesamt zieht.

### **Artenschutz für alle**

22 Einzelne Artenschutzprogramme wie das indische Programm zum Tigerschutz zeigen, dass es möglich  
23 ist, dass sich durch entsprechendes Eingreifen die Bestände bedrohter Arten erholen können.  
24 Während der Tigerbestand dort zum Minimum nur noch bei 1400 freilebenden Tieren lag, sind es  
25 mittlerweile, gut 10 Jahre später, wieder über 3600. Auch weitere Projekte dieser Art zeigen Erfolge.

26 Es ist aber klar, dass es sich dabei nur um einzelne Leuchtturmprojekte handelt, die lediglich einzelne  
27 Arten schützen. Bei 150 aussterbenden Arten täglich ist dies nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.  
28 Artenschutz muss weitergedacht werden. Durch Schutzprogramme für Einzelarten kann das  
29 Massenaussterben nicht verhindert werden. Außerdem ist es wichtig, dass alle Tier- und Pflanzenarten  
30 geschützt werden. Hierbei darf es keine Priorisierung geben, wie attraktiv eine Art für den Menschen  
31 erscheint. Danach hätte immer der Schutz großer Säugetierarten Priorität. Es ist aber insbesondere der  
32 Schutz von Insekten- und Pflanzenarten wichtig, da diese oftmals entscheidend für das Funktionieren  
33 von Ökosystemen sind.

34 Wir fordern:

- 35 ● Artenschutz ganzheitlich zu denken, statt sich im Schutz einzelner Arten zu verlieren
- 36 ● dass insbesondere der Schutz von Pflanzen sowie von Insekten mitgedacht wird

### 37 **Artensterben und Klimakrise – Die großen ökologischen Krisen gemeinsam denken**

38 Die beiden großen ökologischen Krisen unserer Zeit verstärken sich gegenseitig. Durch die rasante  
39 Erhitzung der Erde verändern sich Ökosysteme so schnell, dass sich viele Arten nicht in ausreichender  
40 Geschwindigkeit daran anpassen können. Polkappen und Gletscher schmelzen, Meere erwärmen sich,  
41 Savannen verwüsten und Regenwälder werden geschwächt. All das führt zum Wegbrechen von  
42 Lebensräumen für die dort lebenden Arten. Daher ist Klimaschutz der beste Artenschutz.

43 Aber auch die Natur ist eine große CO<sub>2</sub>-Senke und bremst die Klimaerhitzung. Das Aussterben von  
44 Arten und der Kollaps von Ökosystemen können also einen Kipppunkt im Klimasystem darstellen und  
45 die Klimakrise vorantreiben.

46 Diese beiden Krisen müssen also zusammen gedacht und gelöst werden. Artenschutz ohne ein  
47 Bremsen der Klimakrise wird nicht funktionieren und Klimaschutz ohne ein Bremsen des Artensterbens  
48 führt zu schlechten Ergebnissen.

49 Ein scheinbarer Konflikt zwischen Klima- und Artenschutz stellt sich bei der Betrachtung von  
50 Windkraftanlagen. Von Kritiker\*innen wird immer wieder das Argument hervorgebracht, dass Vögel  
51 in die Rotorblätter fliegen und so sterben könnten. Dieses Argument ist für uns nichtig, da es erstens  
52 durch Studien belegt ist, dass die Anzahl der Vögel, die auf diese Art sterben, gering ist. Zweitens  
53 überwiegen der Klimaeffekt durch Windräder und damit auch die Vorteile für den Artenschutz  
54 deutlich.

55 Wir erneuern daher alle unsere klimapolitischen Forderungen und fordern:

- 56 ● das Artensterben und die Klimakrise immer gemeinsam zu denken
- 57 ● eine ambitionierte Klimapolitik entlang der Leitlinien des Pariser Abkommens
- 58 ● eine bundesweite CO<sub>2</sub>-Neutralität bis spätestens 2040

### 59 **Den menschlichen Fußabdruck in unserer Umwelt bedenken**

60 Nicht nur die menschengemachte Klimaerhitzung setzt der Artenvielfalt zu, auch unser Umgang mit  
61 der Natur insgesamt hat viele negative Auswirkungen auf die Biodiversität. So sind es insbesondere  
62 menschliche Produkte, die wir in der Natur verteilen, wie Plastikmüll oder Düngemittel, die vielen  
63 Arten erheblich zusetzen. Hier muss stärker reguliert werden. Wir unterstützen daher Initiativen, die  
64 auf kommunaler, Landes-, Bundes- oder Europaebene versuchen, den Plastikmüll zu reduzieren.  
65 Wichtig ist, dass bei diesen Maßnahmen auch Mikroplastik berücksichtigt wird, da dieser vielen  
66 Tierarten besonders zusetzt.

67 Beim Einsatz von Düngemitteln oder Pestiziden muss genau darauf geachtet werden, wie weit diese  
68 Tier- und Pflanzenarten belasten und im Zweifel töten, gegen die das Mittel gar nicht wirken soll.  
69 Solche Kollateralschäden müssen vermieden werden. Bei der Zulassung dieser Stoffe muss das  
70 Vorsorgeprinzip gelten, d.h. dass Pestizide oder Dünger nur zugelassen werden, wenn nachgewiesen  
71 werden kann, dass sie der Natur nicht übermäßig schaden, genauso wie auf die potentiellen Schäden  
72 für die menschliche Gesundheit geachtet werden muss. Eine Zulassung darf nicht auf Verdacht  
73 erfolgen, solange, bis die Schädlichkeit bewiesen ist.

74 Wir fordern also:

- 75 ● konsequentere Maßnahmen zur Vermeidung von Plastikmüll, inklusive durch ambitioniertere  
76 Mehrweg- und Recyclingstrategien, einen Aufbau einer Kreislaufwirtschaft, sowie

77 weitestgehende Verbote des Einsatzes von Mikroplastik in Alltagsprodukten wie Kosmetik und  
78 Waschmitteln und von Einwegplastik  
79 ● Investitionen in Forschung und Technologien zum Rausfiltern von Mikroplastik durch  
80 Kläranlagen sowie direkt an den Verschmutzungsquellen  
81 ● dass Pestizide und Düngemittel nur zugelassen werden, wenn sie nachweislich keinen oder nur  
82 einen sehr geringen Effekt auf Tier- und Pflanzenarten haben. Hierbei muss das  
83 Vorsorgeprinzip gelten.

#### 84 **Artenschutz gegen Tierschutz**

85 In vielen Fällen stehen sich leider der Artenschutz, also der Schutz ganzer Arten bzw. der Erhalt von  
86 Artenvielfalt und der Tierschutz, also der Schutz eines einzelnen Individuums, konträr gegenüber. Dies  
87 kann allen voran der Fall sein, wenn einzelne Tiere getötet werden müssen, um Ökosysteme zu  
88 erhalten und so den Bestand vieler Arten zu sichern. Für uns ist in diesen Fällen klar, dass der  
89 Artenschutz im Zweifel immer Vorrang vor dem Tierschutz haben muss. Dies kann auch  
90 Bestandskontrollen einzelner Arten in Ökosystemen beinhalten. Wie diese aussehen, ist im Einzelfall  
91 zu klären.

92 Ein weiteres Beispiel, bei dem Tier- und Artenschutz aufeinandertreffen, bilden Zoos. In diesen können  
93 Tiere nicht artgerecht gehalten werden, auch wenn Bemühungen, die Haltung so artgerecht wie  
94 möglich zu gestalten, unterstützenswert sind. Der Tierschutz und die Lebensqualität von Einzeltieren  
95 werden in Zoos zwangsläufig beeinträchtigt. Auf der anderen Seite führen Zoos immer wieder ihren  
96 Nutzen für den Artenschutz an, da in diesen Arten weiterleben, deren Bestand in freier Wildbahn  
97 zurückgeht. Dieser positive Effekt muss von Zoos aber nachgewiesen werden.

98 Wir fordern:

- 99 ● dass der Schutz ganzer Arten gegenüber dem Schutz von Einzeltieren im Zweifel Vorrang hat
- 100 ● dass Bestandskontrollen einzelner Arten zum Schutz anderer Arten hierfür grundsätzlich in  
101 Betracht gezogen werden
- 102 ● dass bei Bestandskontrollen genau auf die Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit geachtet  
103 wird. Im Zweifel kann beispielsweise eine Kontrolle über gezielte Kastrationen sinnvoller und  
104 verhältnismäßiger sein als Tötungen.
- 105 ● dass Zoos ihren positiven Effekt für den Artenschutz und wirklich artgerechte Tierhaltung klar  
106 nachweisen müssen. Ansonsten haben sie keine Existenzberechtigung.

#### 107 **Artenschutz lokal denken**

108 Artenschutz fängt bereits auf der kleinsten Ebene, auf der Landes- oder kommunalen Ebene an. Die  
109 Wiederansiedlung einzelner Arten, wie beispielsweise des Wolfes in Deutschland heißen wir gut. Da  
110 es aber nur um wenige Arten und wieder vor allem um große Säugetierarten geht, wird hierdurch das  
111 Problem des Artensterbens nicht gelöst.

112 In Großstädten kann der Artenschutz durch einzelne ausgeschriebene Flächen wie die Berliner  
113 Wuhlheide geschehen, in denen die Biodiversität kontrolliert wird. Ansonsten sind auch kleine Projekte  
114 wie einzelne Wiesen oder Höfe begrüßenswert. Hierbei ist aber besonders auf die Zusammensetzung  
115 des Saatguts zu achten. Nicht jede bunte Blumenwiese verheißt zwangsläufig auch Biodiversität. Diese  
116 Aspekte und wissenschaftliche Erkenntnisse müssen bei der Auswahl berücksichtigt werden. Denn  
117 auch eine Wiese voller Insekten bedeutet nicht zwangsläufig eine hohe Biodiversität, da die  
118 Insektenarten auf dieser Wiese begrenzt sein können. Einige Bienenarten sind beispielsweise sehr  
119 beschränkt in der Wahl der Pflanzen, an denen sie anlanden. Um mehr von diesen kleinen Biotopen zu  
120 schaffen, ist es wichtig, gegenteilige Formen wie Schottergärten oder Rindenschrot zu verbieten und  
121 so Anreize zum biodiversen Bepflanzen zu schaffen.

122 Insbesondere in ländlichen Regionen ist es wichtig, dass ausreichend Naturschutzgebiete als wirklich  
123 wilder Raum existieren, in dem sich die Natur frei entfalten kann. Hier müssen in Deutschland deutlich  
124 mehr Flächen geschaffen werden.

125 Wir fordern daher:

- 126 ● die Einrichtung ausgeschriebener, geschützter Wildflächen im städtischen wie im ländlichen  
127 Raum, in denen die Natur sich frei entfalten kann
- 128 ● dass diese Flächen deutschlandweit bis 2030 mindestens 30% der Landfläche ausmachen
- 129 ● dass dies auch in den Meeren geschieht
- 130 ● im städtischen Raum mehr grüne Flächen mit Pflanzenartenvielfalt als Bestäubungsfläche für  
131 Insekten. Bei der Auswahl des Saatguts müssen Biodiversitätsaspekte und wissenschaftliche  
132 Erkenntnisse berücksichtigt werden.
- 133 ● ein Verbot von Schottergärten und biodiversitätsarmen Alternativen wie Rindenschrot

### 134 **Artenschutz global denken**

135 Artenschutz ist wie alle ökologischen Krisen ein globales Problem. Alle Länder der Welt müssen  
136 zusammenarbeiten, um wirksamen Artenschutz zu erreichen. Der bisher beste internationale Vertrag  
137 auf dem Gebiet ist das Montreal-Abkommen, das auf der UN-Biodiversitätskonferenz 2022 in Montreal  
138 verabschiedet wurde. Dieses Abkommen ist analog zum Pariser Abkommen für den Klimaschutz zu  
139 betrachten, geht aber noch nicht weit genug. Wir fordern weitergehende, völkerrechtlich verbindliche  
140 Verträge auf künftigen Konferenzen dieser Art. Eine der zentralen Forderungen in der globalen Politik  
141 zum Artenschutz ist das 30by30-Ziel, wonach bis 2030 in jedem Land 30% der Land- und Seefläche als  
142 Naturschutzgebiet ausgewiesen werden soll. Dieses Vorhaben unterstützen wir ausdrücklich.

143 Wichtig bei der globalen Betrachtung des Problems ist die Erkenntnis, dass Artenvielfalt auf der Erde  
144 extrem ungleich verteilt ist. Die artenreichsten Gegenden liegen dabei in den Tropen. Hier liegen vor  
145 allem Länder des globalen Südens, mit denen ein Austausch von Expertise und Ressourcen stattfinden  
146 muss. Zudem muss eine gerechte finanzielle Subvention von ökonomisch starken zu schwachen  
147 Ländern stattfinden, damit das gemeinsame Ziel unter Berücksichtigung der jeweiligen Kapazität  
148 erreicht werden kann. Wichtig ist bei den multilateralen Beziehungen hierbei eine Begegnung auf  
149 Augenhöhe, um postkoloniales Denken im Umgang mit den Ländern des globalen Südens  
150 aufzubrechen. Gerade die indigene Bevölkerung in den entsprechenden Ländern muss in die  
151 Verhandlungen mit einbezogen werden. Insbesondere bei den Verhandlungen zum  
152 Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten muss die Komponente Artenschutz  
153 eine wichtige Rolle spielen.

154 Wir fordern daher:

- 155 ● ein Agieren gemäß dem Montreal-Abkommen in Deutschland und auf internationaler Ebene
- 156 ● eine Verbesserung des Abkommens mit strengeren Maßgaben bei künftigen UN-  
157 Biodiversitätskonferenzen
- 158 ● eine Unterstützung des 30by30-Ziels
- 159 ● eine weitreichende, auch finanzielle Unterstützung von Staaten des globalen Südens,  
160 insbesondere in besonders artenreichen Regionen in den Tropen durch die reichen Staaten  
161 des globalen Nordens
- 162 ● eine Begegnung auf Augenhöhe mit Staaten des globalen Südens bei Verhandlungen zum  
163 Thema Artenschutz unter Einbeziehung der indigenen Bevölkerung
- 164 ● ein starkes Augenmerk auf das Thema Artenschutz beim EU-Mercosur-Abkommen

165

166

**Antragssteller\*innen:** Jusos Mitte

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **U4\_2/23 Es klappert die Mühle am rauschenden Bach – doch wem gehört der Bach?**

### **1 Shocking Fact: Wasser ist wichtig und wird knapper**

2 Der 3. Juli 2023 war der weltweit heißeste Tag seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1880.  
3 Dass solche Negativrekorde immer häufiger auftreten, zeigte sich in diesem Sommer kurz darauf: Einen  
4 Tag später, am 4. Juli, wurde dieser Rekord wieder gebrochen. Unwahrscheinlich, dass die  
5 Durchschnittstemperatur von 17.18°C der letzte Negativrekord bleiben wird.

6 In Zeiten steigender Temperaturen sind Hitzeperioden kein seltenes Phänomen. Die Folgen der  
7 Klimakrise wirken sich unlängst auf sämtliche Lebensbereiche aus. So wurden in den letzten Jahren die  
8 Herausforderung auf die Wasserwirtschaft immer größer. Wasserknappheit wird dadurch immer öfter  
9 saisonal und regional zu einem Problem und einer großen Gefahr für viele Gruppen der Gesellschaft.  
10 Immer mehr Nutzer\*innen werden zukünftig über die knapp werdende Ressource Wasser  
11 konkurrieren. Diese Konflikte können auf das internationale Parkett kommen, wie bei dem Beispiel von  
12 Äthiopiens Staudamms für den Oberlauf des Nils, wodurch Ägypten die Wasserversorgung bedroht  
13 sieht oder beim Staudamm der Türkei vom Euphrat und Tigris, wodurch ähnlicher Ärger in Syrien und  
14 Irak aufgekommen ist. Die Sorge vor den viel zitierten Kriegen um Wasser wächst durch die Klimakrise.

15 Doch auch ohne die Androhung von Gewalt steigt der Konflikt, wenn der Grundwasserspiegel weiter  
16 sinkt und sich große Unternehmen den Zugriff auf das immer knapp werdende Wasser werden wollen.  
17 Unlängst sind die Beispiele wie das von Nestlé bekannt, in denen der Konzern die Wasserrechte von  
18 staatlichen Wasserbehörden kauft. Das erlaubt dem Unternehmen, Wasser direkt aus dem  
19 Grundwasser (unterhalb der Erdoberfläche) abzapfen. Die lokale Bevölkerung geht oft leer aus  
20 oder muss horrend hohe Preise fürs abgepackte Wasser zahlen.

21 Die Vereinten Nationen haben das Recht auf "einwandfreies und sauberes Trinkwasser und  
22 Sanitärversorgung" als ein Menschenrecht eingestuft- zwar erst seit 2010. Doch dieser UN-Beschluss  
23 ist nicht bindend für die Mitgliedsstaaten. So haben laut UN-Weltwasserbericht immer noch rund 2,2  
24 Milliarden Menschen keinen Zugang zu einer sicheren Trinkwasserversorgung.

25 Bei starker Hitze ist nicht nur genügend Trinkwasser besonders entscheidend. Auch der Zugang zum  
26 Wasser in Form von Seen und Flüssen ist wichtig, um dort die Möglichkeit einer Abkühlung und  
27 Erholung zu ermöglichen. Gerade in Zeiten steigender Preise und finanzieller Unsicherheiten ist für  
28 viele Menschen die örtlichen Naherholungsgebiete die einzige Möglichkeit zur Abkühlung.

29 Doch auch hier zeigt der Kapitalismus sich wieder von seiner hässlichsten Seite: Viel zu oft ist der  
30 Zugang zu Seen oder Flüssen stark eingeschränkt oder komplett unmöglich, weil angrenzende  
31 Grundstücke privatisiert oder verpachtet wurden. Es scheint, dass der öffentliche See nur für  
32 diejenigen zugänglich wird, die viel Geld haben. Während die Reichen ihre Privilegien genießen, wird  
33 die Klimakrise für arme Menschen immer mehr zu einer Bedrohung.

### **34 Rechtsprechung: It's complicated**

35 Der Druck, die Wasserversorgung innerhalb der EU zu privatisieren, nimmt zu. Lobbygruppen und  
36 Konzerne setzen sich seit Jahren dafür ein. Doch warum das eine schlechte Idee ist, haben unfreiwillige  
37 Reallabore längst gezeigt:

38 Die Euphorie der Privatisierungen in den 1990er Jahren hat auch Berlin erfasst, als unter Senatsführung  
39 der CDU die Berliner Wasserbetriebe teilprivatisiert wurden. Statt wie versprochen neue Arbeitsplätze  
40 zu schaffen, wurden viele Arbeitsplätze eingestampft. Gleichzeitig zogen die Wasserpreise an. In Berlin  
41 hat sich die Bevölkerung gewehrt – das Wasser ist jetzt wieder in öffentlicher Hand und die Preise für  
42 das Trinkwasser sind wieder zurückgegangen.

43 Auch in der portugiesischen Stadt Pacos de Ferreira stieg der Trinkwasserpreis nach der Privatisierung  
44 in sechs Jahren um 400 % an.

45 Wie drastisch die Lage auf nationaler Ebene werden kann, zeigt Chile, wo die Wasserversorgung seit  
46 1981 nahezu vollständig privatisiert wurde. Mittlerweile konzentrieren sich die Besitzverhältnisse auf  
47 wenige mächtige Großunternehmen, die Preise diktieren können und den Spekulationsmarkt boomen  
48 lassen. Die extremen Dürren, unter denen Chile oft leiden muss, werden dadurch immer schwieriger  
49 zu bewältigen – insbesondere für die ärmeren Gruppen der Bevölkerung auf dem Land, die sich das  
50 Wasser nicht mehr leisten können.

51 2014 ist die EU-Kommission mit einem Versuch gescheitert, die Privatisierung der Wasserversorgung  
52 über die so genannte Konzessionsrichtlinie voranzutreiben. Für Wasserversorgung und -entsorgung  
53 sollte jede Verfügungsbewilligung EU-weit ausgeschrieben werden. Schon damals wurde deutlich, dass  
54 dadurch Gemeinden unter Preisdruck von global agierenden Konzernen geraten würden, wodurch auf  
55 massiven öffentlichen Druck Wasser aus der Richtlinie ausgenommen wurde – vorerst. Eine EU-weite  
56 Regelung über die Verhinderung der Privatisierung von Wasser gibt es dementsprechend nach wie vor  
57 nicht.

58 Für die Bürger\*innen der Bundesrepublik folgt aus dem Grundrecht auf Leben und Gesundheit und  
59 dem Sozialstaatsprinzip im Grundgesetz ein Anspruch auf qualitativ angemessene Versorgung mit  
60 Trinkwasser als Bestandteil des zu sichernden Existenzminimums. Die der Allgemeinheit dienende  
61 Wasserversorgung ist Aufgabe der Bundesländer und Gemeinden. Dabei können die Kommunen sich  
62 von privaten Unternehmen unterstützen lassen, solange sie die wesentlichen Entscheidungen selbst  
63 treffen. Was bleibt, ist eine Hintertür für zukünftige Privatisierungen. Auch können schon jetzt einzelne  
64 Wasserquellen wie Brunnen in Privatbesitz gelangen. Schon jetzt kommt es zu ersten örtlichen  
65 Verteilungskonflikte zwischen Mineralwasserunternehmen und der lokalen Wasserwirtschaft über die  
66 Frage, wer bei der Nutzung lokaler Wasserressourcen den Vorrang hat.

67 Verteilungskämpfe zwischen den Bundesländern und Kommunen um die Ressource Wasser zeichnen  
68 sich bereits ab: Die Tagebaugruben der Lausitz werden aktuell mit Pumpen von Grundwasser trocken  
69 gehalten. Das Wasser aus den Tagebauen speist momentan die Spree. Wenn diese Tagebaue nun  
70 stillgelegt werden, wird die Senkung des Flusspegels zusätzlich zum allgemein sinkenden  
71 Grundwasserspiegel verstärkt.

72 Um den Flusspegel der Spree und damit den Trinkwasserhaushalt Berlins zu sichern, ist ein  
73 "Überlaufkanal" zwischen Elbe und Spree geplant, der bei Wasserknappheit der Spree überschüssiges  
74 Wasser aus der Elbe in die Spree einleiten soll. Diese Vorschläge stoßen nicht bei allen Menschen in  
75 Sachsen und Südbrandenburg auf große Begeisterung. Ein Konflikt um die wenigen Wasserressourcen  
76 zeichnet sich bereits jetzt ab.

77 Auch die Verwendung des Wassers in den dann gefluteten Tagebaugruben der Lausitz ist nicht  
78 abschließend geklärt. Im schlimmsten Fall beanspruchen die Betreiber\*innen der ehemaligen  
79 Tagebaue das Wasser und Kommunen müssen zur Verwendung des Wassers zahlen.

80 Auch der Zugang zum fließenden Wasser ist nur eingeschränkt möglich. Während des Gewässerbett  
81 nicht eigentumsfähig sein können, dürfen die angrenzenden Landflächen das sehr wohl sein. Der  
82 Zugang zum öffentlichen Wasser kann dadurch erheblich eingeschränkt werden, auch wenn rechtlich  
83 die Nutzung von oberirdischen Gewässern klar erlaubt ist.

#### 84 **Do it like Slovenia - Grundrecht auf Trinkwasser**

85 Slowenien hat 2016 als erstes Land in der Europäischen Union das Recht auf Trinkwasser zur  
86 Verfassung hinzugefügt. Damit wird der Zugang zum „flüssigen Gold des 21. Jahrhunderts“ rechtlich  
87 gesichert. Insbesondere von Armut betroffene Gruppen der Gesellschaft haben damit einen  
88 Rechtsanspruch. Ebenso wird auch für die Zukunft verhindert, dass Wasser zur Ware wird und  
89 Wasserquellen privatisiert werden.

90 Eine Festschreibung des Grundrechts auf Zugang zum Trinkwasser auch in das Grundgesetz ist nur der  
91 logische Schritt.

#### 92 **Weg mit den Villen und rein ins Wasser**

93 Den See sehend, aber nicht erreichend, ist bei hochsommerlichen Temperaturen ein bekanntes  
94 Ärgernis. Oft verhindern private Badebereiche und Privatgrundstücke Zugang zum Wasser, wobei der  
95 See öffentliches Gut ist. Hier muss sichergestellt werden, dass für die Mehrheit der Gesellschaft der  
96 Zugang nicht abgeschnitten werden kann. Ähnliches fordern unsere Genoss\*innen der SPÖ mit einem  
97 „Recht auf Natur“ auf Verfassungsebene, damit sich in Zukunft nicht immer mehr Menschen auf  
98 wenige Quadratmeter quetschen müssen, während Reiche ihre eigenen Privatkilometer Zugang  
99 haben.

#### 100 **Water we waiting for?**

101 Daher fordern wir:

- 102 • Die Aufnahme des Grundrechts auf Trinkwasser ins Grundgesetz nach slowenischem Vorbild,  
103 um die Vorrangstellung der Trinkwasserversorgung in Konkurrenz zu anderen  
104 Wassernutzungen ist klarzustellen sowie um eine Privatisierung von Trinkwasser zu  
105 verhindern.
- 106 • Die Aufnahme des Rechts auf freie Natur im Grundgesetz, damit öffentliches Wasser nicht nur  
107 den Reichen zugänglich sein darf
- 108 • Ein Vorkaufsrecht für Länder und Kommunen, um neue Flächen an Seezugängen zu erwerben  
109 und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Dafür sollen ausreichend finanzielle Mittel zur  
110 Verfügung gestellt werden. Öffentliche Seegrundstücke gelten ab dann als unverkäuflich und  
111 dürfen nur im Rahmen der öffentlichen Zugänglichkeit verpachtet werden.
- 112 • Bei Wasserflächen, wo aktuell kein bis kaum ein öffentlicher Zugang existiert, müssen  
113 Lösungen zugunsten der öffentlichen Zugänglichkeit gefunden werden. Auch vor  
114 Vergesellschaftungen darf nicht zurückgeschreckt werden.
- 115 • Eine stärkere lokale, nationale und internationale Koordinierung zu faireren Wasserverteilung,  
116 um Engpässe zu vermeiden
- 117 • Mehr Investitionen in die Infrastrukturen der Wasserwirtschaft und in den Naturschutz, um  
118 die Resilienz der Wasserwirtschaft zu stärken und damit der Grundwasserpegel nicht weiter  
119 sinkt.
- 120 • Uns ist bewusst, dass es auf klimapolitische Herausforderungen nur globale Antworten geben  
121 kann. Daher bedarf es verbindliche Regelungen zur Privatisierung der Wasserversorgung. Als

122 einen ersten Schritt fordern wir gesamteuropäische Lösungen für die Sicherstellung vom  
123 Grundrecht Wasser und den Zugang zum öffentlichen Gut.

**Antragsteller\*innen:** Juso-Arbeitskreis Klima und Umwelt

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **V1\_2/23 Dem Nachtzug endlich wieder Bahn brechen - für ein neues Steuer-, Subventions- und Investitionskonzept Nachtreise**

- 1 Nachtzugreisen haben im Durchschnitt eine 28-mal geringere Klimabelastung als Flugreisen. Sie  
2 stellen also eine wichtige Lösung für die klimafreundliche Mobilität dar und erleben deswegen gerade  
3 langsam ein Comeback. Es bleibt allerdings noch viel zu tun, um Fahrgäste vom Flugzeug auf die  
4 Schiene zu verlagern und diesen Umstieg sozial zu gestalten.
- 5 Das Netz der Nachtzüge in Europa ist seit dem Jahr 2000 erheblich zurückgegangen. Auf nationaler  
6 und auf europäischer Ebene wurde das Angebot an Nachtzügen in ganz Europa erheblich reduziert  
7 und ist in einigen Ländern sogar ganz verschwunden. Jahrelange Unterinvestitionen haben die  
8 Zuverlässigkeit und den Komfort verringert, so dass sie bei den Reisenden unbeliebt sind. Mit dem  
9 Aufkommen von Billigfluglinien wurden Schlafwagenzüge nicht mehr wettbewerbsfähig und für viele  
10 unbezahlbar, und ihre Rentabilität ging weiter zurück.
- 11 Seit 2020 werden jedoch einige neue Nachtzugverbindungen eingerichtet, zum Teil als Reaktion auf  
12 die wachsende Dringlichkeit, auf kohlenstoffarme Verkehrsträger umzusteigen. So werden  
13 beispielsweise Brüssel und Berlin nun endlich wieder mit einem Nachtzug verbunden.
- 14 Dennoch erleidet dieses Comeback sowie das Geschäftsmodell der Nachtzüge im Vergleich zum  
15 Flugzeug strukturelle und rechtliche Nachteile. Auf langen Strecken müssen die Züge hohe Kosten für  
16 die Nutzung der Schieneninfrastruktur tragen. Infolgedessen ist es oft teurer für die Fahrgäste, wenn  
17 sie die gleiche Strecke mit der Bahn zurücklegen, trotz der deutlich besseren Kohlenstoffintensität  
18 dieses Verkehrsträgers.
- 19 Aus diesem Grund braucht es schnellstmöglich massive Kostensenkungen von Bahntickets im  
20 Nachtzugbereich sowie generell für alle Bahnfahrten. Wir bekräftigen daher erneut unsere Forderung,  
21 dass die Deutsche Bahn endlich wieder allgemeinwohlorientiert ausgestaltet wird und mit den nötigen  
22 finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Die Deutsche Bahn muss endlich ihre Aufgaben der öffentlichen  
23 Daseinsvorsorge und der klimaverträglicheren Mobilität umfassend nachkommen. Der Bereich der  
24 Nachtzugreisen muss dabei entsprechend gefördert werden.
- 25 Daher fordern wir:
- 26 • Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Nachtzugtickets auf Bundesebene sowie gezielte  
27 europäische Zusammenarbeit, um Steuersenkungen in diesem Sektor zu erreichen.
  - 28 • Die Erstattung von Energiekosten und Trassenpreisen für internationale Bahnbetreiber\*innen  
29 durch die Bundesregierung.
  - 30 • Die weitestgehende Senkung der Trassen- bzw. - Gleisnutzungspreise für den  
31 Nachtzugverkehr im deutschen Schienennetz . Staatliche Subventionen und Investitionen für

- 32 den Erwerb von neuen, besser ausgestatteten Schlafwagen, um die Kapitalkosten für  
33 Bahnbetreiber\*innen zu senken.
- 34 • Mehr Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bahn und weiteren europäischen  
35 Bahnbetreiber\*innen, um die Erschließung neuer Nachtzugverbindungen.
  - 36 • einen massiven Ausbau von grenzübergreifenden Nachtzugstrecken.

**Antragssteller\*innen:** Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **V2\_2/23 Barrierefreiheit im Berliner ÖPNV verbessern**

1 Die U-Bahn zur Uni, Schule, Arbeitsplatz nehmen, mal schnell den Bus zu Freund\*innen besuchen oder  
2 mit der S-Bahn zu einer Juso-Sitzung fahren – das ist für die meisten von uns Alltag in Berlin.  
3 Doch für viele Berliner\*innen ist die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit  
4 allerhand unnötigen Schwierigkeiten und Barrieren verbunden. Allen Menschen, unabhängig von  
5 ihren körperlichen oder intellektuell-kognitiven Beeinträchtigung, die Teilhabe zu ermöglichen, wird  
6 Barrierefreiheit genannt. Unter dieser wird oft in erster Linie an Menschen mit  
7 Mobilitätseinschränkungen verstanden. Beim ÖPNV wären dies etwa ebenerdige Bahn- und Bus-  
8 Türen, funktionierende Fahrstühle oder die Vermeidung von Kanten. Während für diese Barrieren  
9 bereits in der Politik und zum Teil in der Gesellschaft ein Bewusstsein vorhanden ist, ist dafür gerade  
10 in Berlin noch viel zu tun. Doch die Frage der Barrierefreiheit ist noch deutlich vielfältiger als das. Eine  
11 der Dimensionen ist die Teilhabe an der Gesellschaft und an scheinbaren Selbstverständlichkeiten wie  
12 den ÖPNV für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen. Menschen, die weniger hören oder sehen,  
13 sind weniger sichtbar im Alltag, haben jedoch häufig mit einer Welt zu kämpfen, die perfektes Gehör  
14 und Sehen voraussetzt.

15 Es ist unstrittig, dass Teilhabe für alle ein Grundsatz einer gerechten Welt ist, für die wir arbeiten. Den  
16 ÖPNV ein Stück weit von Barrieren zu befreien und damit mehr Menschen Mobilität und damit die  
17 Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen oder zu vereinfachen, ist ein wichtiger Schritt in die  
18 richtige Richtung.

19 Das Recht auf gleichberechtigten Zugang zu Transportmitteln ist zudem im Übereinkommen über die  
20 Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen (UN-  
21 Behindertenrechtskonvention) festgeschrieben. Dieses hat Deutschland ratifiziert, womit es  
22 bindendes Recht ist.

23 Die Barrierefreiheit im ÖPNV zu verbessern, ist zudem ein Beitrag zum klimaneutralen Umbau der  
24 Stadt: Die Verkehrswende ist gut für das Klima und für die Lebensqualität Berlins – ohne  
25 Barrierefreiheit jedoch nicht zu machen. Wenn wir erwarten, dass mehr Menschen auf den  
26 motorisierten Individualverkehr, also in erster Linie das Auto, verzichten, müssen die Alternativen für  
27 alle Menschen zugänglich und damit barrierefrei sein.

28 Die Hürden im Alltag sind dabei nicht schwer zu erkennen, sobald man entsprechend sensibilisiert den  
29 ÖPNV nutzt: Anzeigentafeln in Bahnhöfen und in den Zügen sind schlecht aus Entfernung zu lesen und  
30 Ansagen sind zu leise und schlecht zu verstehen. Diese Probleme wären bereits in der Gestaltung von  
31 Bahnhöfen und Verkehrsmitteln vermeidbar. Doch Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen werden  
32 bei der Gestaltung von Bahnhöfen und ÖPNV nicht eingebunden und vergessen.

33 Daher fordern wir, dass:

- 34 • alle Anzeigentafeln in den Berliner Bahnhöfen, Zügen und Bussen auf ihre gute Sichtbarkeit  
35 überprüft werden; die DIN-Norm 1450, die die Leserlichkeit von Beschriftungen, z.B. auf  
36 Schildern regelt, soll dabei als Maßgabe gelten. Wo notwendig sollen die Anzeigentafeln  
37 erneuert bzw. ersetzt werden.

- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- die Audio-Anlagen für Durchsagen in Bahnhöfen und Verkehrsmitteln müssen modernisiert und auf Verständlichkeit überprüft werden.
  - bei der Umgestaltung und Bau von Bahnhöfen sollten Verbände von Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen eingebunden.
  - In Zukunft sollen Leitstreifen zur besseren Sichtbarkeit in der Farbe Gelb verlegt werden. Am Bahnhof soll die Bedeutung der Leitstreifen für alle verständlich erklärt sein (z.B. in Form eines Plakats), da viele Menschen nicht wissen, wofür diese da sind und deshalb auf ihnen stehen.
  - Weiterhin fordern wir die komplette barrierefreie (Um-)Gestaltung vom ÖPNV in Berlin. Dazu gehört insbesondere der Einbau von Fahrstühlen an allen Bahnhöfen.
  - Alle Bahnhöfe müssen mit einem Rollstuhl erreichbar sein, dieses Recht soll möglichst schnell umgesetzt werden.

## Initiativantrag Ini2\_2/23

Antragssteller\*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

# Ini2\_2/23 Unsere Antwort an rechte Akteur\*innen in Europa: Solidarität ist der Weg!

1 Vor zwei Wochen kam die Meldung, dass innerhalb eines Tages mehr als 5.000 Geflüchtete auf der  
2 Insel Lampedusa ankamen. Insgesamt sind in den letzten Tagen mehrere Tausend Menschen über das  
3 Mittelmeer nach Lampedusa geflohen. Diese Ereignisse sind leider nur ein Beispiel über die  
4 schreckliche Situation von Geflüchteten, die rund um das gesamte Mittelmeer besteht. Die Bilder, die  
5 uns erreichen, müssen ein Mahnmal sein. Ein Mahnmal, dass es endlich Lösungen braucht, die zu jeder  
6 Zeit die Menschenwürde sowie die europäischen Grundrechte einhalten.

7 Die Vorschläge für eine Reaktion, die von verschiedenen politischen Akteur\*innen auf nationaler sowie  
8 europäischer Ebene kommen, gehen jedoch in eine völlig andere Richtung. Unter den aktuell  
9 diskutierten Vorschlägen finden sich unter anderem wieder: der Einsatz von militärischen Schiffen für  
10 Push-Backs; der Abschluss von Migrationsabkommen mit Staaten, die Menschenrechte missachten  
11 (z.B. Tunesien); die Einrichtung stationärer Grenzkontrollen; eine Untergrabung des Grundrechts auf  
12 Asyl (Stichwort „Integrationsobergrenze“); die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen; strikere  
13 Rahmenbedingungen für Abschiebungen.

14 Wir Jusos haben in der Vergangenheit immer deutlich gemacht, wofür wir in dieser Debatte stehen.  
15 Der Einsatz für einen solidarischen Umgang in dieser Situation, bei welchem stets die europäischen  
16 Grundrecht gewahrt werden, ist gerade aktuell enorm wichtig. Wir müssen im politischen Diskurs  
17 deutlich machen, dass eine Abschottungspolitik oder eine Festung Europa keine Lösungen sein können.  
18 Wir müssen deutlich machen: Es geht um Menschen in Not! Hier kann unsere Antwort nur solidarisch  
19 sein!

20 Als Sozialdemokrat\*innen und Jungsozialist\*innen müssen unsere Antworten immer unseren  
21 Grundwerten der „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit“ sowie den europäischen  
22 Grundrechtsstandards entsprechen.

23 Daher fordern wir:

- 24 • sich für eine Aufnahme von Geflüchteten, die in den letzten Tagen Lampedusa erreicht haben,  
25 einzusetzen. Dies gilt ebenfalls für andere Inseln und Orte in der Mittelmeerregion, wo aktuell viele  
26 Menschen auf ihrer Flucht die EU erreichen (wie z.B. Griechenland).
- 27 • sich gleichzeitig für die Umsetzung eines umfassend wirksamen, verpflichtenden solidarischen  
28 Verteilmechanismus auf europäischer Ebene einzusetzen.
- 29 • sich für eine weitreichende Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Aufnahme und  
30 Unterbringung von Geflüchteten durch ausreichende Bundesmittel einzusetzen.